



**KREISMITGLIEDER
MAGAZIN**

APRIL 2024



**GRÜNE
OBERBERG**



Liebe Freundinnen und Freunde,

wir stehen vor der wichtigen Wahl zum Europäischen Parlament im Juni. Wir und Millionen weitere EU Mitbürgerinnen und Mitbürger sind aufgerufen, die Zukunft unserer europäischen Gemeinschaft mitzugestalten.

In Zeiten, in denen unleugbar der Klimawandel in unserem Focus stehen sollte und die Bündelung aller Tatkraft, Energie und Kreativität zur Bekämpfung der negativen Folgen von Nöten wären, stehen wir aktuell vor ganz anderen Herausforderungen. Diese waren vor noch gar nicht langer Zeit in dieser Form und Offenheit nicht vorstellbar. Diese neuen – und gleichsam alten Herausforderungen – sind für viele von uns nicht minder existenziell und bedrohlich. Ich spreche davon, dass wir sowohl in Europa als auch unmittelbar vor unserer Haustür mit einem alarmierenden Rechtsruck konfrontiert sind. Einem Rechtsruck, der sich – und hier benutze ich das Wort unverschämt in seiner eigentlichen Bedeutung – offen und ohne Scham demokratie- und menschenfeindlich präsentiert.

Wir stehen mit dieser wichtigen Wahl vor der Aufgabe, für Menschenrechte, Freiheit und Humanismus einzustehen. Es geht darum, unsere Demokratie zu verteidigen. Ich sage es ganz klar: Der wachsende Einfluss rechtspopulistischer Bewegungen und autoritärer Strömungen stellt eine ernsthafte Bedrohung unserer Gesellschaft dar.

Es ist von vitaler Bedeutung, dass wir uns vereinen und gemeinsam für eine offene, inklusive und nachhaltige Zukunft eintreten.

Unsere Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 ist ein Geschenk! Sie ist die Chance und Plattform, sich diesen Herausforderungen zu stellen und auch zu lösen. Lasst uns zusammen die Stimme erheben für eine progressive und zukunftsorientierte Europäische Union, die auf den Prinzipien der Solidarität, Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung basiert. Lasst uns für eine menschlich lebenswerte Zukunft stimmen.

Auch auf regionaler Ebene vor unserer Haustüre, hier bei uns im Oberbergischen Kreis, sind die Auswirkungen des Rechtsrucks spürbar. Es liegt an uns, gegen diesen Trend anzukämpfen, konkrete Lösungen für unsere Gemeinschaft zu entwickeln und Wege zu finden, wie wir im Oberbergischen Kreis gemeinsam unsere Zukunft gestalten können.

Lasst uns gemeinsam und wachsam in die Zukunft blicken. Lasst uns nicht ängstlich sein – engagieren wir uns an Wahlkampfständen, mobilisieren wir, gehen wir wählen! Nutzen wir unsere Chancen!

Bernadette Reinery-Hausmann

Kreissprecherin



**09. MAI 2024 - WIEHL
EUROPA-FEST
OBERBERG**

ab 11 Uhr im Wiehlpark [SeeCafé], ab 13 Uhr Grillen

gruene-oberberg.de



**5 GUTE GRÜNDE
GRÜN ZU WÄHLEN.**

**AM 9. JUNI 2024
IST EUROPAWAHL**

- 1. Machen, was zählt**
*Für ein starkes Europa und ein
sicheres Deutschland*
- 2. Machen, was Wohlstand & Klima schützt**
Erneuerbare europaweit ausbauen
- 3. Machen, was Gerechtigkeit schützt**
europäischen Mindestlohn einführen
- 4. Machen, was Demokratie & Freiheit schützt**
Europa gegen Rechtsextreme verteidigen
- 5. Machen, was Frieden schützt**
Unabhängigkeit von Autokraten sichern

**MACHEN,
WAS ZÄHLT.**

[gruene-oberberg.de](https://www.gruene-oberberg.de)




DIE GRÜNEN/EFA
im Europäischen Parlament

DEN FREUND WÄHLEN
DANIEL FREUND

Liebe Oberberger*innen,

ich bin Daniel Freund. In Aachen geboren. Einen Steinwurf von der Grenze zu Belgien
aufgewachsen. Seit 2019 bin ich Mitglied des Europäischen Parlaments. Meine größten politischen

Erfolge: Wir haben 20 Milliarden Euro EU-Gelder für Viktor Orban eingefroren. Wir haben eine unabhängige Lobbykontrolle geschaffen und einen umfassenden EU-Reform-Prozess gestartet.

Ich kämpfe mit voller Leidenschaft für unser Europa. Ich setze mich ein für ein Europa, das sich gegen Autokraten und Demokratiefeinde wehrt. Ich kämpfe dafür, dass wir unser Europa weiter ausbauen, stärker und wehrhafter machen. Wir überlassen Europa nicht den Nationalisten. Wir in NRW, wir wollen mehr Europa.

Ich würde mich freuen, wenn Ihr mehr über meine Arbeit erfahren wollt. Alle Infos bekommt Ihr auf meiner [WebSite](#).

Einen kleinen Überblick über meine Europa-Themen findet Ihr im folgenden Kartenstapel:

KEIN EU-GELD FÜR DEMOKRATIEFEINDE

Viktor Orban hat in 10 Jahren Ungarn in eine Diktatur umgebaut und damit die Blaupause für rechte Demokratiefeinde in ganz Europa geliefert. Ich setze mich dafür ein, dass Europa sich entschieden gegen diese Attacken auf Demokratie und Rechtsstaat wehrt. Wer unsere Werte nicht respektiert, darf aus unserem Haushalt kein Geld bekommen!

EUROPA FÜR ALLE - NICHT FÜR DIE LOBBY

Zehntausende Lobbyisten beeinflussen in Brüssel die EU-Politik, oft zu Lasten von Umweltschutz, Verbraucherrechten und klimafreundlicher Industriepolitik. Sie untergraben die Werte Europas. Ich setze mich für das Ende intransparenter Deals und für strenge, unabhängig überwachte Lobbyregeln ein, um Europas Politik transparenter und gerechter zu gestalten.

GREEN DEAL - MADE IN NRW

Deutschland braucht globale Partnerschaften für den Klimaschutz, doch Europa sollte führen, besonders durch klimafreundliche Technologien, grünen Stahl und erneuerbare Energien. Ich engagiere mich für eine schnelle, entschlossene EU-Transformation, umgesetzt in NRW, wo wir in Innovation und Industrie glänzen.

EIN TICKET - FÜR GANZ EUROPA

Wir entgegnen Mauernbauern und Hetzern mit einem vereinten Europa, das auf der Schiene wächst. Das 49-Euro-Ticket, bisher nur in Deutschland gültig, sollte europaweit ausgedehnt werden, um kostengünstig und umweltfreundlich über Grenzen hinweg zu reisen. Dies fördert Zusammenhalt und Entdeckungslust in der EU.

EUROPA STÄRKER MACHEN

In einer Welt, in der die globalen Mächte von Wladimir Putin, Xi Jinping und vielleicht bald Donald Trump regiert werden, brauchen wir ein starkes, wehrhaftes Europa. Reformen sind nötig, um Bedrohungen zu bewältigen und die durch Vetos und Sonderwege blockierte EU zu beleben. Ich setze mich für mehr Mitbestimmung, demokratische EU-Kontrolle, Abschaffung nationaler Vetos und mehr Transparenz ein.

Mitgliederumfrage zur Europawahl "Seid Ihr vorbereitet?"

Bitte nehmt Euch ein paar Minuten für den Fragebogen Zeit, damit wir lernen, wie wir Euch ggf. besser unterstützen können.

Die Umfrage ist anonym, wenn Ihr dennoch Euren Namen hinterlassen wollt, gebt ihn bitte in das abschließende Blanko-Textfeld ein.

Hier geht's zur Umfrage:

<https://forms.office.com/r/NRF5nmQjXd>

Hinweis:

Wusstet Ihr, dass wir einen **AK Medien** gegründet haben, der sich ausdrücklich mit Medien- und Wahlkampagnen in unserem Kreisverband beschäftigt?

Wenn Ihr daran teilnehmen wollt,
meldet Euch bitte bei [Marie Brück](#).



Kreismitgliederversammlung



Endlich war es soweit! Auf unserer Mitgliederversammlung am Samstag, 9.3., im Lindenforum in Gummersbach hat unsere Kreissprecherin **Bernadette Reinery-Hausmann ihre Kandidatur für die Landratswahl** im Herbst 2025 angekündigt.

„Wir möchten, dass der Chefsessel im Kreishaus zur Chefinnen-Sache wird“

Sabine, unsere MdB begründete den Vorschlag des Kreisvorstands auch damit, dass bisher deutlich zu wenig Frauen in den Führungsetagen von Wirtschaft und Verwaltungen zu finden sind. „Die Internationale Arbeitsagentur hat dazu eine Studie veröffentlicht. *Weiblich geführte Unternehmen sind wirtschaftlich erfolgreicher als Firmen mit niedrigem Frauenanteil. Gleichstellung ist deshalb ein wichtiger Faktor für jede Organisation und muss endlich auch im Kreishaus ankommen!*“

Bernadette stammt aus Morsbach, sie ist dort seit vielen Jahren als Ratsmitglied aktiv und kämpft für Umweltschutz und die Energiewende. Im oberbergischen Kreistag hat sie sich als Vorsitzende des Sozialausschusses den Ruf einer engagierten Streiterin für die sozialen Belange der Bürger*innen erworben. Ihre sachliche und menschlich verbindliche Art hat ihr Anerkennung bei allen demokratischen Fraktionen eingebracht. Dabei ist ihr der Kampf gegen Antidemokraten und Spalter unserer Gesellschaft ein besonderes Anliegen.

Das machte sie in ihrer Bewerbungsrede ganz unmissverständlich klar: „Unsere offenen und liberalen Gesellschaften in Europa stehen unter Druck. Die Kundgebungen für Demokratie und Zusammenhalt mit vielen Tausend Teilnehmer*innen machen mir aber Mut, und ich sehe die Demokratinnen und Demokraten als entschlossene Mehrheit in Oberberg. Wir sind mehr! Leider habe ich unseren Landrat bisher bei keiner dieser Kundgebungen gesehen.“ rief sie unter dem Applaus der Mitglieder.



Als weitere Schwerpunkte nannte sie die Sicherung der ambulanten Pflege und Gesundheitsversorgung im Kreis. Als Unternehmerin in diesem Bereich mit Verantwortung für 130 Mitarbeitende sieht sie die Entwicklung hier im ländlichen Raum als eine der dringendsten Aufgaben. Die Probleme der medizinischen Versorgung durch Haus- und Fachärzte und die Kliniken sind ihr in der täglichen Arbeit und als Mitglied der Gremien bestens bekannt.

Neben den sozialen Themen nahm sie aber auch die Energieversorgung und den öffentlichen Verkehr in unserer Region in den Blick. *„Die Herausforderungen durch den Klimawandel sind groß. Mit einem einfachen „Weiter so“ werden wir sie nicht bewältigen. Wir wollen und wir brauchen Veränderung! Es braucht Entwicklung, vor allem auch in der politischen Kultur dieses Kreises!“* Sie kritisierte vor allem, dass in der Kreisspitze mehr verwaltet als gestaltet wird. Sie versprach, daran etwas zu ändern: *„Als Landrätin werde ich eine offene und transparente Verwaltung fördern und fordern, in der die Bürgerbeteiligung großgeschrieben wird.“*



„Lasst uns heute die Weichen stellen für ein grünes lebendiges Oberberg, in dem sich alle Menschen auf die Zukunft freuen können.“

Am Ende ihrer kämpferischen Rede bat Bernadette um unsere volle Unterstützung ihrer Kandidatur. Diese gaben wir ihr stehend mit langem Applaus.

Zuvor hatte sich der Kreisverband bei **Elisabeth Pech-Büttner** aus *Radevormwald* für ihr langjähriges Engagement im Rat, in Kreisämtern und auch im grünen Landesverband bedankt. Die Mitglieder nahmen außerdem den **Rechenschaftsbericht** entgegen und **beschlossen einstimmig die Entlastung des Vorstands und den Finanzplan für das laufende Jahr**.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung der Mitgliederzahlen, allein seit Jahresbeginn konnte der Kreisverband über 20 neue Mitglieder begrüßen. (Stand 11. April: 321 Mitglieder!) Neben einem Überblick aus dem Bundestag von **Sabine Grützmaker** stellte auch **Marc Zimmermann** den

Mitgliedern die wichtigsten Themen der letzten Wochen vor und berichtete von einer verlässlichen Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner im Landtag. Zu **Delegierten für den Bezirksrat Mittelrhein** wurden **Bernadette Reinery-Hausmann** und **Dr. Julian Münster** gewählt, **Kassenprüfer** für die nächsten zwei Jahre ist **Jürgen Körber** aus Wiehl.



1 - Sabines Einladung zu vertiefenden Gesprächen im Anschluss an die KMV sind doch noch einige gefolgt.







Kommunal-Konvent NRW 2024



Liebe Freundinnen und Freunde,

auf dem Kommunalkonvent NRW 2024 war Oberberg mit 6 Teilnehmer*innen mittenmang dabei:

Christine Brach,

Ingo Harnischmacher,

Patrick Heuwes,

Sabine Grützmaker,

Detlev Rockenberg und

Marie Brück

Welche Eindrücke wir mitbrachten, wollen wir Euch in diesem kurzen Bericht zeigen. Dabei wünschen wir Euch viele gute Eindrücke und Spaß!





Kurz nach Mittag geht es los, immer mehr Menschen füllen das „**Kunst-Werk**“. Der Name ist von außen etwas irreführend, da es ein altes Industriegebäude ist. Im Inneren jedoch erkennt man das „Kunstwerk“: überall kleine Räumlichkeiten und Ateliers mit vielen tollen Bildern, Skulpturen und Wandgemälden. Hier treffen sich anscheinend viele Künstler*innen und lassen ihren Gedanken und Ideen freien Raum.

Der Beginn des Kommunalkonvent findet im Forum statt, über **200 grüne Politiker*innen aus ganz NRW sind da** und werden von **Raoul Roßbach**, unserem politischen Geschäftsführer begrüßt. Die Stimmung ist gut, man spürt einen Spirit, den ich selbst lange nicht mehr gefühlt habe. Alle sind gut drauf und wollen sich informieren oder mit anderen grünen Politiker*innen austauschen.

Besonders interessant fand ich das Gespräch mit der **Bürgermeisterin von Porta Westfalica Anke Grotjohann** und dem **Oberbürgermeister von Wuppertal Uwe Schneidewind**. Beide haben als grüne Kandidaten die Wahlen gewonnen. Beide erzählen ganz offen von ihren Anfangsschwierigkeiten in Verwaltung und Politik. Trotzdem sind sie begeistert von ihrem Job, sie führen Gespräche mit den Beschäftigten und nehmen die Menschen mit. „*Mein Büro ist immer offen und jeder, der möchte, kann mich duzen.*“ sagt Anke Grotjohann. Uwe Schneidewind erzählt von seiner Arbeit, wie er auf die Menschen zugeht und dadurch Vertrauen gewinnt. Es fällt sehr oft das Wort Vertrauen; Vertrauen zu den Beschäftigten, aber auch Vertrauen zu den Politikern.

Der Kernsatz lautet:

Ohne Vertrauen kannst du keine Kommunalpolitik machen.

Ein tolles Gespräch, so stelle ich mir auch meinen nächsten Bürgermeister oder Bürgermeisterin in unserer Gemeinde vor!

Am nächsten Tag finden die einzelnen Workshops statt, 22 Workshops in 2 Phasen, bis nachmittags um 15.30 Uhr. In meinem zweiten Workshop ging es um das Thema: **Kommunale Wärmewende**. William Wolfgramm, Beigeordneter der Stadt Köln, stellt das Wärmekonzept von Köln vor. Mit Inkrafttreten des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (WPG) Anfang 2024 ist in Deutschland eine Wärmeplanung verpflichtend. Die Stadt Köln hat ein ehrgeiziges Ziel, sie will die Klimaneutralität schon bis 2035 erreichen.

Er stellt einzelne Ideen vor, wie zum Beispiel Bau eines großen Wärmepumpenprojekts in Köln-Niehl, Umrüstung von Leitungen von Gas auf Wasserstoff oder den Einbau von Strömungsturbinen in den Rhein. Alles sehr spannend und nachvollziehbar. In der anschließenden Debatte werden die einzelnen Planungsstände der anderen Städte und Kommunen dargestellt und diskutiert.

Als **Fazit** kann ich nur sagen:

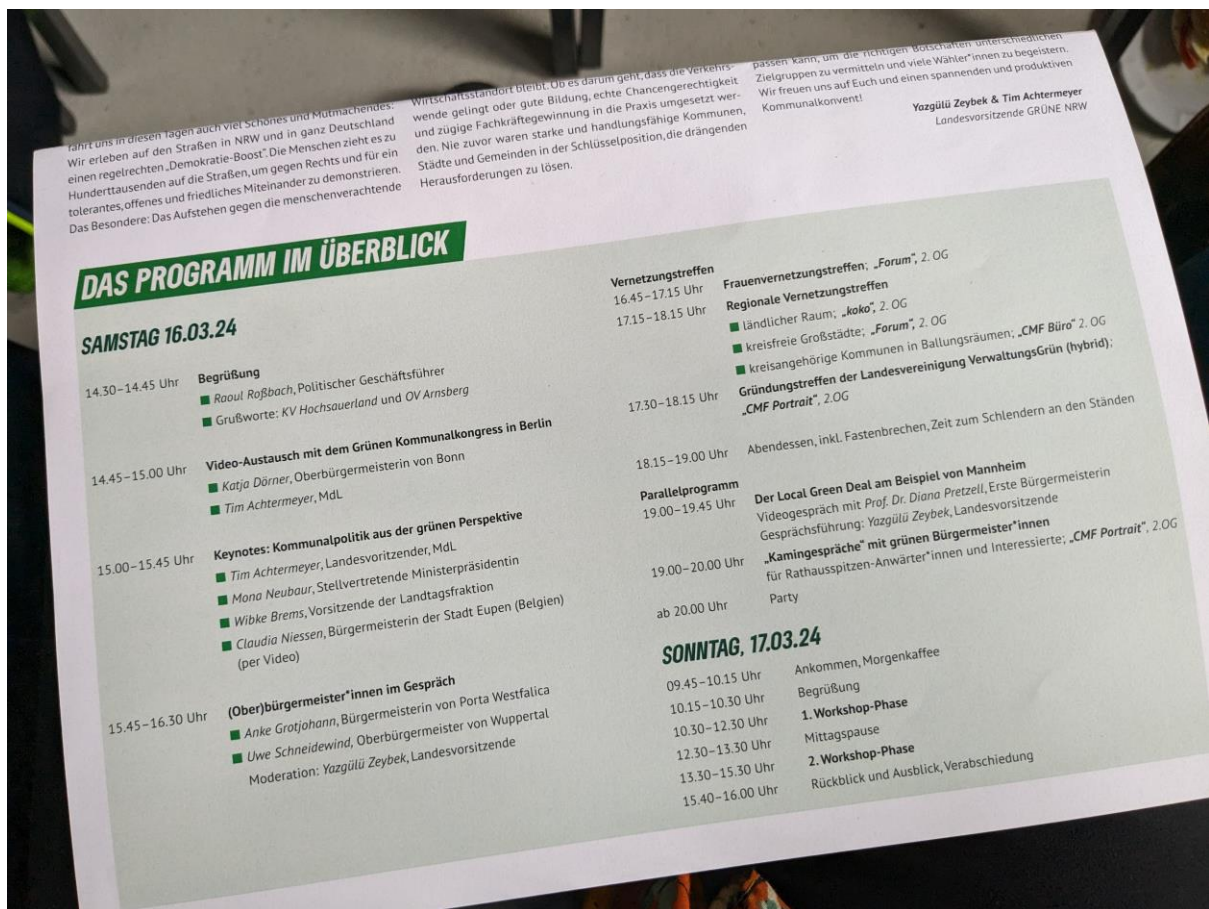
Ein tolles Wochenende mit vielen Informationen, netten Gesprächen und einem guten Gefühl, dass wir „Grüne“ auf dem richtigen Weg sind.

Viele Grüße

Detlev Rockenberg



Das Programm



Ich war besonders von der Idee der

"Grünen Nachbarschaftspolitik"

beindruckt, die mich, vermittelt von Tim Achtermeier, zurück in ein "**Lindenstraße-Flair**" führte, das bei allen Herausforderungen doch über Jahrzehnte so erfolgreich als Serien-Gemeinschaft unsere rheinische Welt beeinflusste.

Grüne Nachbarschaftspolitik



Nein, wir sind nicht gegen Autos. Aber ihr müsst Euch nicht wundern, wenn unsere Dorfgemeinschaft nicht mehr "wie früher" ist, wenn hier Autos mit 60 km/h durch den Dorfkern rasen. Wir wollen Nachbarschaft, Gemeinschaft, deshalb beruhigen wir Ortskerne, deswegen fordern wir sichere Radwegenetze.

Die Nachbarschaft ist es, in der wir uns begegnen.

Die Nachbarschaft ist es, in der wir uns um die Alten und Einsamen kümmern.

Die Nachbarschaft ist es, in der wir der alleinerziehenden Mutter mit den Kindern aushelfen.

Die Nachbarschaft ist es, wo unsere Kinder gemeinsam mit Flüchtlingskindern auf dem Bolzplatz Freundschaften schließen.

Die Nachbarschaft ist es, wo wir auf den anderen achten, auch wenn er oder sie komisch, anders ist.

Die Nachbarschaft ist es, wo wir uns die neue Geothermieanlage nebenan erklären lassen und sehen, dass sie funktioniert.

Grüne Nachbarschaftspolitik wird mir eine prägende Idee in meiner politischen Arbeit bleiben.

Frauenvernetzungstreffen



Dann auf zum Vernetzen! Ein Kennenlernen, weit über politische Themen hinaus. Doch immer wieder die Frage:

"Warum bist du politisch aktiv?"

Und wir müssen uns nichts vor machen, **Frauenthemen** sind bei all den Trendthemen eine gesellschaftliche Konstante. Eine Konstante, der sich unsere Partei bewusst verschrieben hat und in der wir in allen Parlamenten Deutschlands personell DEN Unterschied machen. Darauf können wir bauen. **#GrüneFrauen**

Regionale Vernetzungstreffen: Kreisangehörige Kommunen in Ballungsräumen



Ein kleiner Blick in die Arbeit des anschließenden Vernetzungstreffens.

Besonders prägend die Frage: ***Was macht mir in unserer politischen Arbeit Mut?***

Unsere Gruppe war sich einig, dass uns die unglaubliche Entwicklung unserer Mitgliederzahlen (letzter Stand bundesweit allein in diesem Jahr: > 10.000 neue Mitglieder) und die im Gegensatz zu allen anderen Ampelparteien unbestechliche Konstanz unserer Werte in den Wahlprognosen bis heute zur politischen Arbeit ermutigt. Trotz vieler unangenehmer Entscheidungen überzeugt die Arbeit unserer Berliner und Düsseldorfer Abgeordneten - wir haben keine Stimmen eingebüßt.

Schaut gerne einmal durch meine Flipchart-Fotos. Bei Fragen wendet Euch gerne an [mich](#).

Kreisangehörige Kommunen

①

1. Aktuelle Herausforderungen + Lösungsvorschläge

- Sozialer Wohnungsbau (OV Langenfeld) fehlt \Rightarrow städtische Wohnungsbau-gesellschaft
- Unterbringung Geflüchteter fehlt \Rightarrow Patenfamilien im Ort
- "Splitterstädte"
- Stadtkassen leer / viele marode Infrastruktur
- sehr konservative Umgebungen
- Fachkräftemangel auch in der Verwaltung \Rightarrow bessere grüne Personalplanung für Verwaltung
- Plakate, die sich abheben bzw. Motive, die passen
- Dringende Hilfe bei Tic Tac \rightarrow Social Media

- ^{im} Strukturwandel (2)
- Ungleichgewicht ^{Many} Wissen
- Mehr Unterstützung inhaltlicher Art → Referent*innen-Pool vom LV
- Inhaltliche Arbeit besser vernetzen und professionalisieren für OVEA/IKVE
- Kommunikationsworkshop
"Was hab ich von Europa?" "what does Europe for me? Website"
↳ Wo erlebt man Europa im kleinen?
- Wording zu politischen Themen
- Anerkennung von Abschlüssen Geflüchtete braucht zu lange → brauchen wir aber
- ↳ Sprachniveau = z.T. auch runterschrauben Anforderungen
- (Mut) macht der Mitgliederzuwachs + die aktuelle zivilgesellschaftlicher "Aufbruch"
- Lavo als Anlaufstelle ist super gegen Rechts - gerne auch noch mehr support
- Infestände sind sehr gut gelaufen

• Motivierend:

Liken

③

- Social Media Beiträge ~~teilen~~ / teilen auch bei Grünen untereinander
- Kommentieren von Beiträgen
pusht auch → gegenseitig pushen
- gute Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Partei
- Umfragewerte: grün stabil geblieben
- Trefft euch mit Vereinen →
Netzwerke ausbauen / neue Kontakte knüpfen (außerhalb der Blase)

~~teilen~~

Gründung VerwaltungsGrün



Gründung VerwaltungsGrün

Thema: *Vernetzung, für Oberberg online mit dabei: Sabine Grützmaker*

Junge Initiative mit dem Ziel, eine Brücke zwischen grünen und grünnahen Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung und politischen Entscheidungsträgern zu schlagen. Diese Landesvereinigung wird als Plattform für den internen Austausch, die Vernetzung und die Förderung von grünen Personalentwicklungszielen in der öffentlichen Verwaltung dienen.

Die Unterstützung dieses Prozesses durch den Landesverband, insbesondere in logistischer Hinsicht, ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg von VerwaltungsGrün. Diese Zusammenarbeit wird nicht nur den internen Austausch innerhalb der grünen Bewegung verbessern, sondern auch dazu beitragen, die Präsenz und den Einfluss grüner Ideale in der öffentlichen Verwaltung zu verstärken.

Alle grünen und grünnahen Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung können Teil dieser aufregenden neuen Bewegung werden.



Noch unter dem Eindruck "Grüner Nachbarschaftspolitik" hatte ich mich entschieden, in eben diesen Workshop zu wechseln. Anja Liebert, als Bundestagsabgeordnete für uns auf den Bereich "Bauen und Wohnen" spezialisiert, hatte dann doch weniger von Lindenstraße-Romantik zu berichten als von der Frage:

Wie viele neue (Wohnungs-)Baumaßnahmen vertragen unsere Klimaziele?

Es wurde nach dem Vortrag entsprechend intensiv über die *Leerstände* und die *Renovierung/Sanierung von Gebäuden* diskutiert. Abschließend erhielten wir Informationen dazu, welche *Fördermittel* es seitens des Bundes für Bauen und Wohnen gibt, und vor allem: *Wo finden wir sie?* (Neben dem Link auf einer der folgenden Karten, wendet Euch gerne an [mich](#) für weitere Infos)



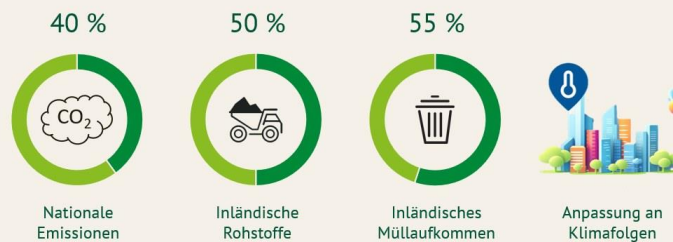
INHALT



1. Bauen & Stadtentwicklung
 - ein grünes Thema?!
 - ein kommunales Thema?!
2. Eure Visionen für Stadtentwicklung
3. Förderprogramme des Bundes
4. Realitätscheck: Herausforderungen vor Ort
5. Gruppenarbeit: Umsetzung eurer Visionen
6. Präsentation & Diskussion

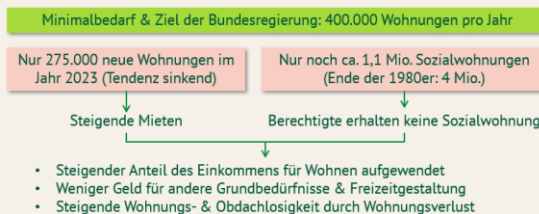
BAUEN & STADTENTWICKLUNG

- ein grünes Thema?!



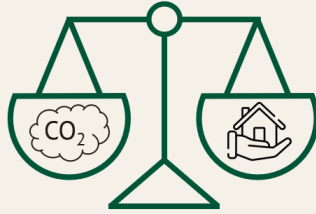
BAUEN & STADTENTWICKLUNG

- ein grünes Thema?!



BAUEN & STADTENTWICKLUNG

– ein grüner Konflikt?!



FÖRDERPROGRAMME DES BUNDES



Städtebauförderung

- Lebendige Zentren
 - Städtebauliche Gesamtmaßnahmen zur Stärkung, Aufwertung & Revitalisierung von Ortskernen zu Bewältigung des Strukturwandels
- Sozialer Zusammenhalt
 - Erhöhung der Wohn- & Lebensqualität, der Integration aller Bevölkerungsgruppen und des nachbarschaftlichen Zusammenhalts in den Stadt- & Ortsteilen
- Wachstum und nachhaltige Erneuerung
 - Anpassung des öffentlichen Raums an sich ändernde Bedarfe durch Stadterneuerung, Brachflächen-entwicklung bzw. Entwicklung neuer Quartiere unter vielseitigen Aspekten, u.a. der Klimafolgenanpassung und Anpassung der Infrastruktur
- https://www.staedtebaufoerderung.info/DE/Startseite/startseite_node.html

Kommunale Integrationspolitik



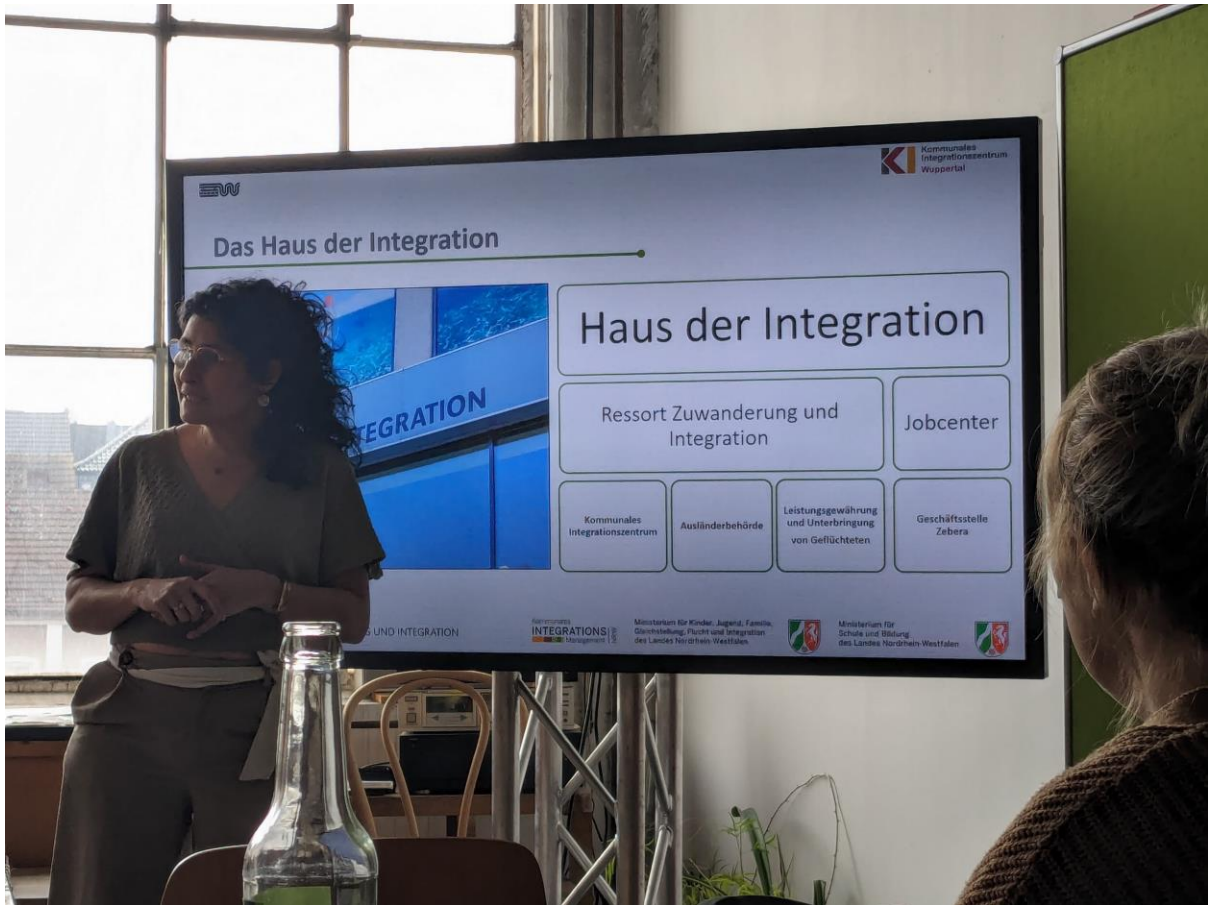
Dass Integration kein deutsches Erfolgskonzept ist, ist hinlänglich bekannt. Wir kämpfen in allen Kommunen um gute Wege, neue Zuwanderer in unserer Gemeinschaft willkommen zu heißen. Am Willen mangelt es uns nicht. Arlin Cakal-Rasch, Leiterin des Wuppertaler KIZ bot uns ein Best-Practice-Beispiel gleich aus unserer geografischen Nähe. Der Tenor:

Alle Entscheider müssen ohne Umwege eng miteinander verzahnt arbeiten. So sind im Wuppertaler "**Haus der Integration**" nicht nur 90 Mitarbeiter*innen untergebracht, sondern z.B. Ausländeramt und JobCenter Tür an Tür mit dem KIZ, im selben Gebäude untergebracht.

So weit von mir.

Liebe Grüße

Marie Brück



Mitglieder finden und binden



Am Sonntag, 17. März 2024, fand nach dem gemeinsamen Mittagessen aller Teilnehmenden der zweite Workshop des Tages beim Kommunalkonvent in Neheim statt. Patrick Heuwes und ich hatten uns vorab für "**Mitglieder finden und binden**" entschieden.

Der Kurs wurde geleitet von **Anna Abbas** (Referentin für Mitglieder- und Organisationsentwicklung) und **Leonie Laryea** (Assistenz Politische Personalentwicklung). Beide arbeiten bei unserer Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf. Gemeinsam mit den circa 20 anderen Teilnehmer*innen aus Orts- und Kreisverbänden der Grünen haben wir zuerst über den *aktuellen Stand und Probleme ausgetauscht und dann an Lösungsansätzen und Ideen gearbeitet.*

Fast alle Orts- und Kreisverbände haben ähnliche **Probleme**:

- **wenige aktive Mitglieder insgesamt**
- **wenige Mitglieder, die sich in Schützen-, Sport- und Karnevalsvereinen engagieren**
- **zu wenige aktive Mitglieder im Altersbereich zwischen 18 und 50**

Folgende **Lösungs- und Verbesserungsansätze** haben wir erarbeitet:

- **Info-Veranstaltungen zu Themen aus Politik und Wissenschaft ausrichten und Experten dazu einladen**

Dazu habe ich vorgeschlagen, dass uns der Landesverband unterstützt und uns buchbare Veranstaltungen zentral zur Verfügung stellt

- **mutig sein, über seinen eigenen Schatten springen und auch bei Veranstaltungen von Schützen-, Sport- und Karnevalsvereinen mitmachen**

- **Gesichter auf Wahlplakate und Haustür-Wahlkampf, um den persönlichen Bekanntheitsgrad und den Austausch mit den Wähler*innen zu verbessern**

Diese Ansätze sind nicht leicht umzusetzen und verlangen von allen aktiven noch ein bisschen mehr Einsatz und teilweise auch Überwindung. Hier ist es wie in vielen Lebenslagen: ohne Fleiß kein Preis! Lasst uns das gemeinsam angehen.

Liebe Grüße

Ingo aus Lindlar



"Meine Motivation für den Europawahlkampf ist weiterhin begrenzt, das war ja auch nicht das primäre Ziel. Aber auf die Kommunalwahl habe ich jetzt richtig Bock!" Patrick Heuwes



INTERVIEW mit dem Kölner Stadtanzeiger, 16. März 2024

Die Gummersbacherin Sabine Grützmaker ist seit dem Herbst 2021 Bundestagsabgeordnete. Im Jahr darauf wurde bei ihr Krebs diagnostiziert. Nach intensivem Kampf gegen die Krankheit ist die 38-Jährige nun wieder voll auf die politische Bühne zurückgekehrt. Im Interview mit Florian Sauer spricht Grützmaker über Aufgaben, die ihr unter den Nägeln brennen, die Stimmung in der Berliner Ampel-Koalition und ihre Kandidatur für die Wahl im Herbst des kommenden Jahres.

F.S.: Frau Grützmaker, vorneweg die wichtigste Frage: Wie geht es Ihnen?

Mir geht es gut, ich bin im vergangenen Jahr zweimal operiert worden und habe eine Chemotherapie hinter mir. Nach einer verkürzten Reha bin ich seit Ende Januar wieder voll zurück. Ich bekomme Physiotherapie und arbeite noch ein bisschen an der Work-Life-Balance. Aber ich fühle mich gut und bin froh, wieder da zu sein.

F.S.: Ich kann mir vorstellen, dass ein Mandat im Bundestag nicht nebenher wahrzunehmen ist.

Für Abgeordnete gilt ja kein Hamburger Modell, bei dem man mit reduzierter Stundenzahl wieder zurück in den Job kommt (lacht). Im Ernst: Ende 2023 konnte ich trotz Chemotherapie noch einige Anhörungen im Bundestag online verfolgen. Aber die ganze Situation war für mich unbefriedigend, man ist digital aufgrund der Therapie nur am Rand dabei.

F.S.: Was sind für Sie die Themen, denen Sie sich jetzt zuerst widmen wollen?

Im Digitalausschuss dreht sich momentan viel um die Abschaffung des sogenannten Hacker-Paragrafen. Es kann nicht sein, dass sich jemand strafbar macht, der auf Sicherheitslücken von IT-Systemen aufmerksam macht, das betrifft viele ehrenamtliche Sicherheitsforschende. Im

Finanzausschuss wiederum wollen wir das BBF umsetzen, das neue Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität.

Allerdings brauchen die Mitarbeitenden dort auch vernünftige Instrumente. Bislang stehen die Ermittler zu oft vor Briefkastenfirmen und müssen dann resignieren. Künftig wollen wir auf den „Follow the Money“-Ansatz setzen, der es ermöglicht, bei verdächtigem Vermögen auch ohne sogenannte Vortat ermitteln zu dürfen. Nur so kommen wir an die dicken Fische und schaffen es, in der Geldwäschebekämpfung effektiver zu werden.

Deutschland war viele Jahre eines der großen europäischen Schlupflöcher für Geldwäsche, beim Bargeldkaufverbot für Immobilien konnten wir schon gegensteuern. Es ist für mich unverständlich, wie dem Staat hier in den vergangenen Jahren nach Schätzungen Milliarden entgangen sind. Umso wichtiger, dass wir nun auch mit Blick auf den Haushalt gegensteuern.

F.S.: Stichwort Haushalt: Oberbergs Stadt- und Gemeinderäte beklagen, dass Berlin Entscheidungen trifft, die dann aber die Kommunen bezahlen müssen.

Ich habe Verständnis für die Sorgen, neulich erst bin ich bei der oberbergischen Bürgermeister-Runde dabei gewesen. Natürlich trifft der Frust der Menschen über geschlossene Schwimmbäder und kaputte Straßen zuerst die Rathäuser. Im Rahmen der Möglichkeiten wird trotzdem noch viel investiert. Wahr ist aber auch: Vor der Haushaltsklage in Karlsruhe waren Maßnahmen zur kommunalen Entschuldung durch den Bund im Gespräch, dafür ist nun kein Spielraum mehr. Aber lassen Sie mich noch einen Satz zur Schuldenbremse sagen: Ich bin der Meinung, in der momentanen Situation müsste der Staat erst recht investieren, gerade jetzt ist das Beharren auf die Schuldenbremse falsch. Und wenn es hier eine Einigung gäbe, würden davon auch die Kommunen profitieren. Deswegen werbe ich sehr für ein Umdenken.

F.S.: Das allerdings ist mit der FDP nicht zu machen. Wie bewerten Sie die aktuelle Stimmung zwischen den drei Ampelpartnern?

Mit den Fachkollegen läuft die Zusammenarbeit gut. Aber es ist sicher kein Geheimnis, dass es unter zwei Partnern einfacher wäre. Negative Schlagzeilen verkaufen sich besser. Deshalb müssen wir viel stärker kommunizieren, was wir für die Menschen schon erreicht haben und was noch ansteht. Meiner Meinung nach muss bis zum Ende der Legislatur auch die Kindergrundsicherung beschlossen werden, einer der ganz zentralen Bausteine in dieser Legislaturperiode und im Koalitionsvertrag verankert. Geld, das den Familien zusteht, muss auch dort ankommen. Und zwar ohne Papierkrieg, der viele überfordert. Hier erwarte ich von unseren Koalitionspartnern auch, dass diesem Anliegen die für die Familien angemessene Priorität eingeräumt wird. Für mich persönlich wäre außerdem auch das Klimageld eines der wichtigsten Projekte.

F.S.: Mobilität ist ja ein grünes Kernthema. Wie zufrieden sind Sie mit der Situation in Oberberg? Die Bahn fährt nicht, auf der Autobahn staut es sich und den Bussen fehlen die Fahrer. Könnte besser laufen, oder?

Den Frust kann ich verstehen, aber gerade wir Grüne setzen uns doch für eine funktionierende Mobilität ein. Auf Kreisebene etwa fordern wir deutlich mehr Radwege. Es wäre schon sehr viel gewonnen, wenn bei Fahrten unter 15 Kilometer Länge das Radfahren für die, die wollen, auch zur Arbeit problemlos möglich wäre. Das löst natürlich nicht die Probleme derjenigen, die täglich nach Köln müssen. Aber auch dort darf es nicht nur eine Mobilitätsform geben. Es braucht den Mix aus Elektroautos, einer verlässlichen Regionalbahn und sicheren Radwegen.

Ich möchte auch die Wiehlalbahn noch nicht aufgeben, sie ist vitales Interesse der Südkreiskommunen und muss vorangetrieben werden, selbst wenn eine Umsetzung erst längerfristig zu erwarten ist und die aktuell in der Bearbeitung befindliche Nutzen-Kosten-Bewertung der Reaktivierung noch aussteht.

Im Übrigen zeigt ja gerade das 49-Euro-Ticket auch, dass soziale und nachhaltige Politik zusammengeht, hier muss die Zustimmung hoch bleiben, der Preis darf aber nicht steigen.

F.S.: Noch einmal nachgehakt: Hat grüne Verkehrspolitik nicht vielmehr den Innenstädter im Blick, mit ausgebautem Radweg und Straßenbahn gleich vor der Haustür?

Das finde ich überhaupt nicht. Sehen Sie, ich bekomme so oft Rückmeldungen von Niederlande-Urlaubern, die schwärmen richtig, wie toll man dort Radfahren kann. Das möchte ich auch hier und da lasse ich nicht gelten, dass die Topographie hier eine andere ist, denn während der Pandemie haben so viele Menschen E-Bikes gekauft und fahren begeistert in ihrer Freizeit. Einige würden diese gerne auch auf dem alltäglichen Arbeitsweg nutzen. Ich bin davon überzeugt – die Verkehrswende kann im ländlichen Raum funktionieren, wenn es sichere Radwege gibt. Außerdem haben wir ja schon jetzt gute und aussichtsreiche erste Ansätze neben Radwegen, von Bürgerbusinitiativen und Sharing-Angeboten bis hin zu Monti und Mitfahrerbänken. Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen sind längst auf dem Weg. Diese Energie müssen wir im Sinne des notwendigen Klimaschutzes nachhaltig unterstützen. Die Verkehrswende kann auch im ländlichen Raum funktionieren.

F.S.: In gut anderthalb Jahren wird wieder gewählt. Bewerben Sie sich erneut für einen Sitz im Bundestag?

Die Landesliste der Grünen wird ja erst am Ende dieses Jahres aufgestellt, aber ich möchte wieder kandidieren, wenn meine grünen Mitglieder aus Oberberg mich unterstützen.

Es gibt noch viel zu tun im Land, vor allem auch in meinen Themen zu finanzieller Gerechtigkeit und Bekämpfung von Finanzkriminalität und Geldwäsche. Nach all den Jahren konservativer Politikdominanz kann in nur einer Legislatur keine Wende erfolgen. Damit unsere Politik nachhaltig wirkt, braucht es mehr Zeit. Schauen Sie auf die jahrzehntelangen Versäumnisse im Infrastrukturbereich.

Ob Energiesicherheit, Straßen, Schienen, Glasfaserversorgung – es gibt noch viel zu korrigieren in unserem Land. Sicher ist allerdings schon heute, dass der nächste Bundestag kleiner wird, und das ist auch richtig so. Die Chancen auf eine Wiederwahl sind nicht schlecht, aber ich kann natürlich nicht in die Zukunft sehen.

F.S.: Letzte Frage: Die AfD hat mit Blick auf 2025 angekündigt, gerade in Oberberg viel Personal in den Wahlkampf zu stecken. Beunruhigt Sie das?

Das macht mir keine Angst, sondern bestärkt mich eher noch mehr, mit aller Entschiedenheit dagegen anzutreten. Das Gleiche sollte übrigens für alle demokratischen Parteien gelten. Dass etwa Gummersbachs Bürgermeister Frank Helmenstein neulich auf der Demonstration gesprochen hat, fand ich ein gutes Zeichen.

Die AfD ist inzwischen zum Beispiel auf TikTok massiv präsent und ködert junge Menschen mit Falschmeldungen. Wenn die Partei dazu noch mit Matthias Helferich jemanden in ihren NRW-Landesvorstand wählt, der sich selbst als „*das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus*“ bezeichnet hat, dann ist es an der Zeit, laut über ein Verbotsverfahren

nachzudenken. Diese Verantwortung kann aber nicht nur bei der Zivilgesellschaft liegen. Das Grundgesetz gibt uns das Verbotsverfahren als Instrument zum Schutz unserer Grundrechte. Man muss ein AfD-Verbot in jedem Fall laut diskutieren. Ich persönlich werde das auch mit dem ehemaligen Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, in den kommenden Wochen in Angriff nehmen.



ENGELSKIRCHEN knackt den Fördermitteltopf

Ich feiere mit der Gemeinde Engelskirchen.

Das milliardenschwere Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, kurz ANK ist das größte Naturschutzpaket in der Geschichte der Bundesrepublik und beinhaltet verschiedene Förderprogramme und Schwerpunkte.

Mit dem **Beschluss im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages** vom 10. April 2024 ist es uns gelungen, viele klimaschützende Projekte zu ermöglichen. Ganz besonders freue ich mich dennoch darüber, dass die Gemeinde Engelskirchen eine Bundesförderung im Rahmen der **Förderrichtlinie für Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum** erhält. Diese beläuft sich auf **520.160,00 €**. Die Gemeinde Engelskirchen kann nun mit dieser Berliner Finanzspritze ihre Planungen im Rahmen des Projektes: **"Begrünt, beschattet, entsiegelt, lebenswert – Engelskirchen nachhaltig und klimaangepasst"** umsetzen. Dabei plant die Gemeinde verschiedene Maßnahmen; u.a. die Entsiegelung von Straßen und Schulhöfen, Pflanzung von Bäumen und Anlage von Säumen etc. auf ca. 15.000m² im Gemeindegebiet.

Die Förderrichtlinie für Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum ist Teil des **Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK)**. Mit dieser Förderrichtlinie betonen wir die Bedeutung der Kommunen, besonders im ländlichen Raum, als zentrale Verbündete für den natürlichen Klimaschutz. Das Programm fördert Projekte auf möglichst großen öffentlichen, nicht wirtschaftlich genutzten Flächen, die einen positiven Beitrag für den Klimaschutz und den Erhalt oder die Stärkung der biologischen Vielfalt leisten (**Natürlicher Klimaschutz**) und die Lebensqualität in Landkreisen, Städten und Gemeinden erhöhen. Dazu zählen zum Beispiel Maßnahmen zur naturnahen und biodiversitätsfördernden Begrünung von Dörfern und Städten in ländlichen Regionen oder die Entsiegelung von Böden zur Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen.

Kommunen und (inter)kommunale Zweckverbände konnten sich vom 1. August bis 31. Oktober 2023 um einen Förderzuschuss bewerben.

Den Förderaufruf sowie weitere Informationen findet Ihr hier: <https://www.z-u-g.org/ank-ik/foerderrichtlinie/>

Die Details zum Engelskirchener Antrag findet Ihr hier: <https://www.engelskirchen.de/allris/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc176465.pdf>



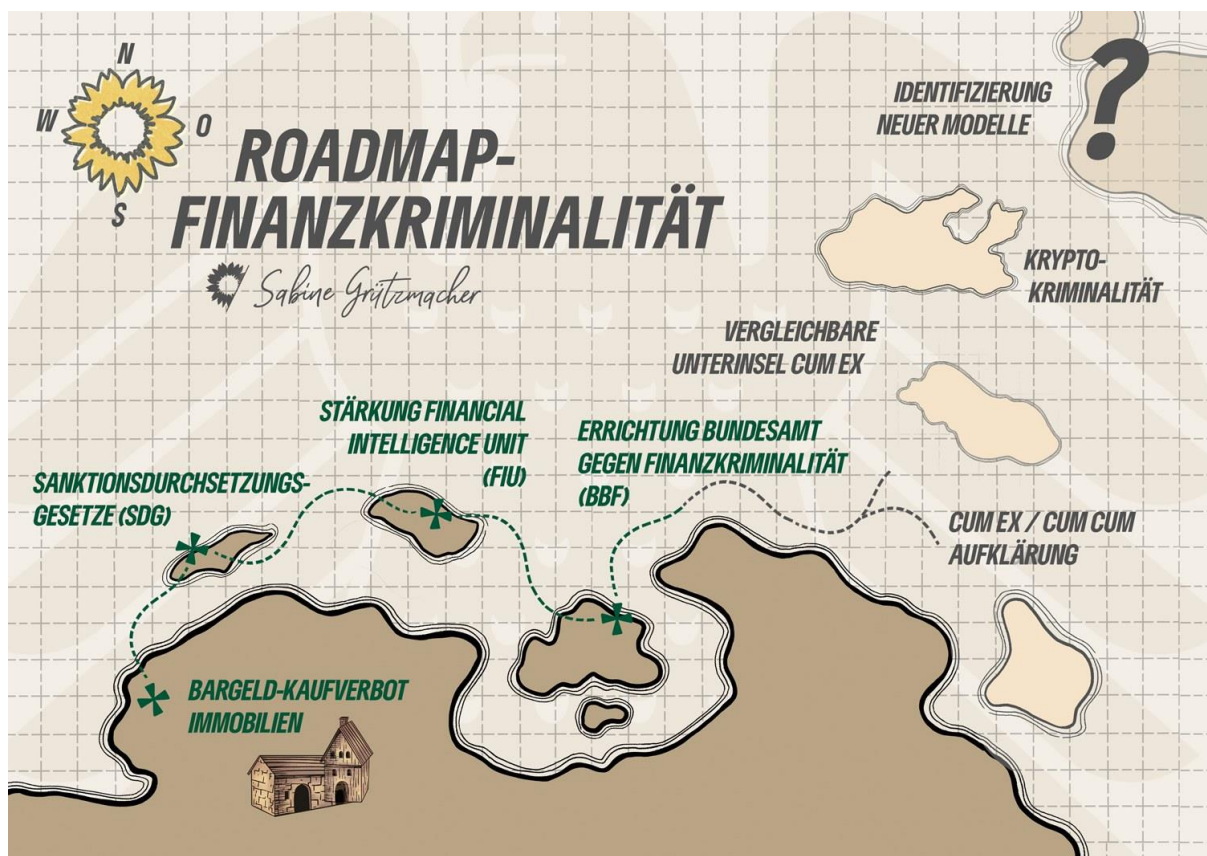
Mitglied des Parlamentarischen FIU-Kontrollgremiums

Geldwäsche ist nicht das prominenteste Thema in der öffentlichen Wahrnehmung und wenn, dann geht es oft um die Summen gewaschener Gelder. Die Menschen, die durch organisierte Kriminalität geschädigt werden, sind oft unsichtbar.

Das Bild der Waschmaschine ist allerdings zu harmlos für die Quellen, aus denen das Geld kommt und Verbrechen lohnen sich nur, wenn Kriminelle das erwirtschaftete Vermögen dann auch waschen können.

Die **Financial Intelligence Unit, kurz FIU**, soll die **Speerspitze des Staates im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung** sein. Banken sowie bestimmte Berufsgruppen wie Notare, Anwälte und Glücksspielbetreiber sollen der FIU melden, wenn sie bei einem Geschäft einen Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorfinanzierung haben. International und national vernetzt, filtert die FIU diese Meldungen nach bestimmten Kriterien, priorisiert und leitet die wichtigen Fälle an Stellen weiter, die in Deutschland polizeiliche Ermittlungen führen: die Landeskriminalämter der Bundesländer. *Dieser Filtermechanismus der FIU, im Behördendeutsch „risikobasierter Ansatz“, ist ebenso zentral für die Aufarbeitung gemeldeter Verdachtsfälle, wie für die notwendige Kooperation der FIUs weltweit.*

Gemäß §28 Geldwäschegesetz wird nun das parlamentarische **FIU-Kontrollgremium** eingesetzt. **Ziel ist die verbesserte Aufsicht über die Parameter der eingesetzten Filter seitens der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen.** Das Gremium besteht aus insgesamt 11 Mitgliedern. Für die Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen wurden heute mein Kollege Marcel Emmerich und ich entsandt.



Im Rahmen meiner Berichterstattungen an der Schnittstelle Finanzen und Digitalisierung bin ich mit den Themen der Geldwäsche, Terrorbekämpfung, Anti-Mafia, Sanktionsdurchsetzung u.a. bestens vertraut. Jedoch geht es mir um mehr. Technik ist nie per se neutral. Meine Erwartung an das Gremium ist deswegen auch das Sicherstellen einer diskriminierungsfreien, aber trotzdem effektiven Ermittlungstätigkeit. Je effektiver die FIU arbeitet, umso effektiver auch der Beitrag zur Strafverfolgung und damit letztlich der Erfolg auch bei der Einziehung der mit organisierter

Kriminalität gewonnenen Vermögenswerte. Als ehemalige Sozialarbeiterin würde ich diese wirklich gerne in die Entschädigung der Opfer investiert sehen. Im Rahmen solcher Datentransfers bedarf es zur steten Evaluierung des risikobasierten Ansatzes anlassbezogen auch der **Hinzuziehung weiterer Teilnehmer, wie z.B. einen Vertreter des Bundesdatenschutzbeauftragten (BfDI), der Anti-Diskriminierungsstelle und ggf. weiteren externen Sachverständigen.** Dafür setze ich mich ein.

Die Wahl nehme ich selbstverständlich an. Ich freue mich, meine Expertise und Erfahrungen auch in diesem Gremium einbringen und vertiefen zu können. Ich bedanke mich für das Vertrauen meiner Fraktion.



Bundesregierung fördert Neubau der Sporthalle in Strombach

2.625.000 € für den Sporthallenbau in Gummersbach sind mehr als eine Zahl. Dieser Beitrag des "Bundesprogramms Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" (SFK) ist ein starkes Signal in herausfordernden Zeiten, wie wichtig uns das Vereinswesen als Grundlage für Gemeinschaft, Zusammenhalt und erfolgreiche Integration sind. Die vielfältigen Angebote und Programme unserer Vereine spielen eine entscheidende Rolle, junge, alte und neue Bewohner unserer Region freundschaftlich zu verbinden. Sport baut Brücken! Ich würde mich deswegen sehr freuen, wenn auch der Name der Sporthalle dies widerspiegeln wird, z.B. in Erinnerung an eine verdiente Persönlichkeit, die sich für den Sport wie auch für die Menschenrechte eingesetzt hat.



Endgültig abgeschafft – Wir beenden jahrzehntelangen Streit um Straßenausbaubeiträge

Nun haben wir im Landtag eine endgültige Entscheidung zum langjährigen Konflikt um die Straßenausbaubeiträge getroffen. Mit dem **„Gesetz zur Abschaffung der Beiträge für den Ausbau kommunaler Straßen im Land Nordrhein-Westfalen“** beenden wir einen jahrzehntelangen Streit um die Straßenausbaubeiträge. Er wurde insbesondere zwischen den Immobilienbesitzer*innen und ihren Kommunen ausgetragen und hat neben den Verwaltungsgerichten auch viele Kommunalpolitiker*innen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit stark belastet. Als GRÜNE lösen wir mit der gesetzlichen Abschaffung eine Zusage ein, die wir bereits in der vergangenen Wahlperiode gegeben und mit dem Koalitionsvertrag erneuert haben.

Gesetz schafft Rechtssicherheit und Planbarkeit für alle Betroffenen

Mit dem Gesetz schaffen wir endgültige Rechtssicherheit für Anlieger*innen kommunaler Straßen, die bislang für Straßenausbaumaßnahmen beitragspflichtig waren. De facto waren die Anlieger*innen bereits vorher für alle Maßnahmen, die ab dem 1. Januar 2018 beschlossen wurden,

durch ein Förderprogramm des Landes entlastet worden. Ein Rechtsanspruch auf diese Förderung bestand jedoch nie. *Für alle kommunalen Straßenausbaumaßnahmen, die ab dem 1. Januar 2024 beschlossen wurden oder in Zukunft beschlossen werden, gilt nun ein klares und rechtssicheres Beitragserhebungsverbot.* Damit können sich Anlieger*innen darauf verlassen, zukünftig nicht mehr für Maßnahmen, auf deren Durchführung sie selbst keinen Einfluss hatten, zu oft fünfstelligen Beitragssummen herangezogen zu werden, was insbesondere Rentner*innen und junge Familien in nicht wenigen Fällen finanziell überfordert hat.

Einnahmeausfälle werden den Kommunen voll erstattet

Auch für die Kommunen bringt das Gesetz wichtige Verbesserungen. Sie erhalten mit dem Gesetz einen Rechtsanspruch auf die Erstattung der entgangenen Beiträge durch das Land NRW. Die Erstattung soll sich an der Musterbeitragsatzung des Städte- und Gemeindebunds NRW orientieren. Da einige Kommunen Anlieger*innen bis zu 80 Prozent an den Kosten beteiligt haben, wird auch das Land künftig bis zu 80 Prozent der Ausbaurkosten einer Straßenausbaumaßnahme kompensieren, die neben Fahrbahnerweiterungen auch die Neuanlage eines Radwegs, Straßenbeleuchtung oder Grünanlagen umfassen kann. Damit wird der Erstattungssatz des Landes in vielen Kommunen oberhalb der bislang tatsächlich erhobenen Beiträge liegen, die Konnexität entsprechend gewährleistet **und die Kommunen de facto sogar von Kosten entlastet.**

Entlastungen für die kommunale Bürokratie

Mit dem Gesetz machen wir zahlreiche Gerichtsstreitigkeiten überflüssig und vereinfachen die Kostenerstattung für die Kommunen gegenüber dem bisherigen Förderprogramm. Darüber hinaus enthält das Gesetz weitere Bausteine zur Entbürokratisierung. *So entfallen für alle Maßnahmen ab 1. Januar 2024 auch das bislang zu erstellende Straßen- und Wegekonzept sowie die gesetzliche Pflicht zur Durchführung von Anliegerversammlungen.* Diese konnten bislang selbst bei kleinsten Maßnahmen, wie der Erneuerung/Verbesserung eines Kanals, erforderlich werden. In Summe wird damit in den Kommunen eine Vielzahl an Personalstellen, die bisher für die Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen gebraucht wurden, für andere Tätigkeiten im Bereich Tiefbau und Verkehrswende frei.

Kommunale Grundstücke werden zukünftig in einem vereinfachten Verfahren herausgerechnet

Anders als andere (private und öffentliche) Anlieger*innen mussten Kommunen nach dem bisherigen Recht für ihre eigenen Grundstücke keine Straßenausbaubeiträge entrichten. Folgerichtig entsteht für diese Grundstücke zukünftig auch kein Erstattungsanspruch. Damit die Abgrenzung dieser Kostenanteile zukünftig nicht den gleichen Aufwand wie die frühere Beitragsabgrenzung auslöst, hat die Landesregierung unseren Vorschlag aufgegriffen und angekündigt, die Abgrenzung der kommunalen Grundstücke anhand der Länge der angrenzenden Frontmeter vorzunehmen. *Damit genügt zukünftig ein Auszug aus dem Straßenkataster, eine aufwendige Betrachtung von Grundstücksgrößen, Bebauung, Nutzung etc. oder Hinterliegergrundstücken hingegen entfällt.*

Achtung: Stichtage bleiben bestehen – Altfälle können weiterhin auftreten

Wie bereits angeklungen ist, bleiben zwei Stichtagsregelungen bestehen: Für alle zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31.12.2023 beschlossenen Straßenausbaumaßnahmen gilt weiterhin das bisherige Förderprogramm nach dem früheren §8a Kommunalabgabengesetz NRW (KAG NRW), über das die Anlieger*innen auf Antrag der Kommune zu 100 Prozent entlastet werden können. Für alle Maßnahmen ab dem 1. Januar 2024 gilt das neu eingeführte Beitragserhebungsverbot. Damit bleibt für alle Maßnahmen, die noch vor 2018 beschlossen oder im Haushalt einer Stadt oder Gemeinde

etatisiert wurden, die frühere gesetzliche Beitragspflicht ohne Fördermöglichkeit bestehen. Angesichts der angespannten Finanzlage des Landes konnten wir Forderungen nach einer Ausweitung des Stichtags oder einem Härtefallfonds für frühere Maßnahmen nicht nachkommen.

In nicht wenigen Kommunen schlummern jedoch nach wie vor einige „Altfälle“ von vor 2018 beschlossenen Straßenausbaumaßnahmen in den Haushalten und Investitionsplanungen. Wenn diese alten Beschlüsse schließlich irgendwann zur Umsetzung gelangen, kann nach wie vor eine Beitragspflicht entstehen – mit den erwähnten Härten für die betroffenen Anwohner*innen. Vor diesem Hintergrund rate ich Euch dazu, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, ob in den Investitionsplanungen Eurer Kommune solche „Altfälle“ zu finden sind und mit Euren Kommunen zu klären, wie mit diesen Maßnahmen verfahren werden soll. Dabei ist es selbstverständlich möglich, früher getroffene Baubeschlüsse für Straßenausbaumaßnahmen auch wieder aufzuheben.

ALLE Infos findet Ihr [HIER](#)



40%

***mehr Genehmigungen für
Windenergieanlagen in NRW***

im Vergleich zum Vorjahresquartal

NRW ist weiter Spitzenreiter beim Ausbau der Windenergie

Im ersten Quartal 2024 hat kein anderes Bundesland so viele Windkraftanlagen genehmigt wie NRW. Insgesamt wurden 139 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 825 Megawatt genehmigt. Das sind 40 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum und fast ein Drittel der bundesweit genehmigten Leistung in Höhe von 2737 MW.

Weiter so!



Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen braucht selbstständige Frauen und Unternehmerinnen

Im Jahr 2022 wurden 31 Prozent der gewerblichen Gründungen von Frauen angemeldet, in den freien Berufen waren es rund 52 Prozent. Bei Fragen des gesetzlichen Schutzes während der Schwangerschaft und nach der Geburt sind diese Frauen bislang benachteiligt. Auf Initiative von Wirtschaftsministerin Mona Neubaur hat das Landeskabinett deshalb am Dienstag beschlossen, im Bundesrat einen Entschließungsantrag zum Mutterschutz für Selbstständige einzubringen. **Mit dem Ziel, Nachteile während der Schwangerschaft und in der Zeit nach der Entbindung abzubauen.**

Mutterschutz für Selbstständige ist längst überfällig. Alle, die ein Kind bekommen, müssen auch das Recht auf einen gesetzlichen Schutz haben. Eine Schwangerschaft darf für Selbstständige nicht die Bedrohung ihrer unternehmerischen Existenz bedeuten. Genauso wenig darf die Familienplanung Frauen davon abhalten, ein Unternehmen überhaupt erst zu gründen.

Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, dieses enorme unternehmerische und volkswirtschaftliche Potenzial ungenutzt zu lassen. Wenn wir die Nachteile für Selbstständige abbauen, tun wir etwas für die Gleichstellung und gegen den Fachkräftemangel.

Deshalb setzen wir uns als Land NRW im Bundesrat dafür ein, gleichwertigen Mutterschutz zu schaffen.

Das Grundgesetz sichert Müttern den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft zu. Das Mutterschutzgesetz jedoch umfasst nur den Schutz von Müttern, die in einem Beschäftigungsverhältnis arbeiten. Für Beamtinnen, Soldatinnen und Richterinnen gibt es gesonderte Regelungen. Für selbstständig tätige Frauen hingegen gelten die Schutzfristen nicht. Sie müssen selbst finanziell für die Zeit vor und nach der Geburt des Kindes vorsorgen, in der sie nicht arbeiten und deshalb auch keine Einnahmen erzielen können. Die Ausfallzeiten selbstständiger Frauen durch die Schwangerschaft und Geburt führen dann zu Auftragseinbußen und Umsatzrückgängen. Junge

Unternehmen, die in der Regel noch keine Rücklagen für eine ausreichende Vorsorge bilden können, kann die Insolvenz und damit auch der Verlust von Arbeitsplätzen und Lehrstellen drohen.

Familie und Beruf so gut wie möglich vereinbaren zu können, ist eine wichtige Voraussetzung für Frauen, Unternehmen zu gründen oder zu übernehmen. Unsere Initiative unterstützt das Ziel, den Frauenanteil bei Gründungen und in der Führung von Start-Ups sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen zu erhöhen und für Frauen und Männer gleichwertige Verhältnisse in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Selbstständigkeit zu schaffen.



GRÜNE LANDTAGSFRAKTION
JUGENDKONGRESS
SAMSTAG, DEN 20. APRIL 2024, 10.30 - 16.00 UHR
IM LANDTAG NRW

MEHR
INFOS
UNTER
LINK

MEINE ZUKUNFT. DEINE ZUKUNFT. UNSERE ZUKUNFT.

The poster features a stylized illustration of three young people (two men and one woman) running joyfully towards the right. The background is a solid yellow color. At the top right, there is a logo of a stylized bird or flower. The text is in a clean, sans-serif font, with the main title 'JUGENDKONGRESS' in a larger, bold font.

2 - [HIER GEHT ES ZU DEN INFOS \(anklicken\)](#)



Weltfrauentag in Gummersbach

Fast ein Jahr wurde der Oberbergische Frauentag vorbereitet, dann war es so weit: zum ersten Mal wurde der Weltfrauentag in der Gummersbacher Halle 32 gefeiert – und das so groß wie nie zuvor. Geboten wurden eine Messe mit rund 40 Ausstellern aus dem gesamten Oberbergischen und darüber hinaus sowie über 20 Schnupperkurse, Fachvorträge und Workshops – und das über sieben Stunden hinweg. Das zentrale Thema diesen Jahres war "Politische Partizipation von Frauen" - und wie dringend nötig diese ist, zeigte sich schon daran, dass wir Grüne Frauen Oberberg uns den Stand mit den Frauen der anderen Parteien teilten.

Einen besonders großer Dank geht hier an die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Gummersbach, Nina Sommer, die als Gastgeberin und Organisatorin fast ein Jahr lang an der Vorbereitung dieses Großevents gearbeitet hat.









Auszug aus dem Bericht von Oberberg Aktuell (den ganzen Artikel findet Ihr [hier](#))

Ob Gesundheit, Bewegung, Karriere und Finanzen: in der Halle 32 kamen unter dem Motto „Zuhören, informieren, stärken“ diverse Themen zur Sprache. Schwerpunkt war dabei stets die politische Teilhabe von Frauen. „Wenn man einen Blick auf die Parteien und den Stadtrat wirft, dann sieht man, dass Frauen nicht zur Hälfte vertreten sind“, sagte Helga Auerswald, stellvertretende Bürgermeisterin in Gummersbach. Diese Unterrepräsentation zieht sich nicht nur durch die Kommunal-, sondern auch durch die Landes- und Bundespolitik.

Bei der Vergabe von Pöstchen in Parteien oder auch Vereinen gebe es laut Auerswald oftmals zwei Funktionen, die für Frauen reserviert seien: die Schriftführung und die Kasse, aber nicht der Vorsitz oder dessen Stellvertretung. „Viele Männer kämpfen um Machterhalt, aber sie haben kein Geburtsrecht auf die erste Reihe“, sagte die SPD-Politikerin. Auerswald ist davon überzeugt, dass Frauen oftmals eine andere Sichtweise hätten als Männer, anders reflektiert seien: „Zusammen können Männer und Frauen viel mehr bewegen.“

Ebenfalls vor Ort war Bundestagsabgeordnete Sabine Grützmacher. Die Grünen-Politikerin ruft Frauen dazu auf, insbesondere dahin zu gehen, wo viele Männer vertreten sind. Sie selbst ist Mitglied in den Ausschüssen für Finanzen und Digitales – und damit in zwei Ausschüssen, in denen Frauen stark unterrepräsentiert sind. Beispiel Finanzausschuss: von 43 Mitgliedern seien nur elf weiblich. Zentral sei deshalb das Motto **„Frauen bildet Banden“**, sagte Grützmacher: **„Die brauchen wir über Parteien hinweg, um Frauenanliegen stärker in den Fokus zu rücken.“**

Welche Auswirkungen die immer noch bestehende Ungleichheit für die Wirtschaft hat, werde immer wieder in Gesprächen mit Unternehmern deutlich. So würde die Bundestagsabgeordnete immer häufiger Rückmeldungen erhalten, dass Frauen vermehrt Pflegeaufgaben übernehmen und den Unternehmen damit fehlen würden. *„Wenn ich mir dieses Jahr neben Gesundheit noch etwas wünschen dürfte: mehr Frauen in die Spitzenpositionen, mehr Frauen als Bürgermeisterinnen, Landrätinnen und ich persönlich wünsche mir auch gerade in der Kommunalpolitik mehr Frauen in die Finanz-, Digital- und Wirtschaftsausschüsse.“*





**HILDEGARD
VON BINGEN**

**HILDEGARD
VON NUR EINE
FOLGE SCHAUEN**

GJ Oberberg



Wie ich zur Grünen Jugend gekommen bin

Heute möchte ich ein bisschen davon erzählen, wie ich persönlich zur Grünen Jugend gekommen bin. Ich bin sowieso ein sehr politisch interessierter Mensch und beschäftige mich gerne mit Themen.

Mein politisches Interesse wurde vor allem in der Kindheit auch sehr davon geprägt, dass ich eine Zeit lang *Kinderreporter beim Kölner Stadtanzeiger* war, aber auch vielleicht indirekt dadurch, dass ich sehr gerne mit Menschen rede. Trotzdem wäre mir vor der Grünen Jugend niemals die Idee gekommen, der Jugend einer Partei beizutreten oder etwas Ähnliches.

Vermutlich lag das einfach daran, dass es keinen wirklichen Bezug für mich damals zu Jugendparteien gab. Man hatte vielleicht mal am Rande von den Jugendorganisationen der Parteien gehört, aber so wirklich eine Vorstellung hatte ich davon nie. Und wenn man nicht gerade explizit danach sucht, stößt man vermutlich auch eher weniger auf diese Jugendparteien. *Ich meine, sowas wie Sportvereine, Reitvereine oder z.B. Schachclubs haben andauernd Poster in Schulen hängen, Flyer ausliegen und so weiter. Aber in eine Jugendpartei kommt man, denke ich, meistens durch explizites danach suchen, vielleicht Infostände, das Internet oder durch Freunde.*

Durch Freunde ist ein gutes Stichwort, denn genau so bin ich im Grunde zur Grünen Jugend gekommen. Ein damaliger Freund hatte mit mir und einem anderen Freund über die Grüne Jugend geredet; so kamen wir ins Gespräch. Er hatte uns anschließend vorgeschlagen, einfach mal zu einer Versammlung mitzukommen.

Natürlich hatte ich einige Bedenken vor dem ersten Treffen. Eine der größten Ängste war, dass ich das Gefühl hatte, ich kenne mich nicht genügend mit den Grünen und der Politik insgesamt aus.

Diese Angst haben viele vor den ersten Treffen bei Jugendparteien, denke ich, dabei ist das völlig unberechtigt.

Es ist gar nicht mal so wichtig, wie sehr man sich auskennt, solange man genügend Interesse hat; man lernt ja auch immer mehr dazu durch die politische Arbeit. Dazu kam natürlich die Angst, wie bei jedem Aufeinandertreffen von Menschen, vor neuen Leuten, aber auch die war natürlich wieder vollkommen unberechtigt, denn durch das viele Reden beim ersten Treffen lernt man sich leicht kennen und kommt gut ins Gespräch. *Im Grunde kann man sagen, dass alles sehr gut war und man gut aufgenommen wird, aber vor allem, dass man sich nicht zu viel Druck machen sollte, nur weil man in eine Jugendorganisation einer Partei geht, wenn man sich sehr gut auskennt.*

Wie schon erwähnt, der wichtigste Punkt ist das Interesse an Politik und dass man sich dann mit der Zeit besser auskennt, kommt fast ein bisschen von selbst mit jedem Treffen. *Am einfachsten ist es, denke ich, wenn man überlegt, einer Jugendorganisation wie der Grünen Jugend beizutreten, sich 1-2 Freunde dorthin mitzunehmen, die im besten Fall auch viel Interesse in die Richtung haben.* Aber auch das muss nicht sein, denn auch alleine knüpft man sehr schnell Sozialkontakte in der Grünen Jugend und man wird gut aufgenommen. *Es ist ja auch nicht so, dass man der Grünen Jugend beitrifft und dann auf einmal unfassbar viel zu tun hat; im Grunde kann man ein bisschen selber entscheiden, wie viel man tut.* Meistens reicht es schon, zu den monatlichen Treffen zu kommen; man muss ja nicht gleich unfassbar viele Aufgaben übernehmen, vor allem am Anfang.

Also kann man zusammenfassend sagen, dass, wenn man sowieso schon überlegt, einer Jugendorganisation einer Partei beizutreten, man dies ruhig tun sollte, denn meistens lohnt es sich. Und man kann hier sehr gut politisches Interesse weiterentwickeln und neue Leute kennenlernen.

Euer **Lennart**



Nein - die
Kriminalitätsstatistik für 2023
zeigt zwar einen Anstieg der
Straftaten durch
nicht-deutsche Tatverdächtige
- diese Kategorie ist jedoch
irreführend und nicht
aussagekräftig.

Differenzierter:

- Menschen ohne deutschen Pass unter den Tatverdächtigen - 923.269
- davon:
- Schutz- und Asylberechtigte - 46.478
und Asylbewerber*innen - 86.457

- ...

- **sonstiger Aufenthaltsgrund - 519.958**

-> darunter fallen Tourist*innen, durchreisende Tatverdächtige, oder ausländische organisierte Kriminalität.

Schutzsuchende sind also ganz eindeutig nicht das Problem.

Kriminalität hat nichts mit
Herkunft, oder
Staatsangehörigkeit zu
tun! Alter, Geschlecht und
Armut sind Faktoren, die
tatsächlich einen Einfluss
auf die Kriminalität
haben.

QUELLE: NETZWERK GEGEN RECHTS IM OBK

Kreistag





GELEBTE DEMOKRATIE IN OBERBERG

In der Kreistagssitzung am 11. April 2024 hatte sich die AfD über das Windhundverfahren kurzfristig zwei zusätzliche Kandidat*innen-Nominierungen für die Wahl der ehrenamtlichen Richter*innen am Verwaltungsgericht Köln gesichert. *"Als Kreistagsmitglied bin ich darauf eingeschworen, die Verfassung unseres Landes zu achten und zu schützen."* begann Ralph Krolewski seine Stellungnahme zum Verfahren. *"Die AfD steht in weiten Teilen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes und wird als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Solange ich mein Mandat ausübe, wird mit meiner Stimme kein AfD-Mitglied in ein Richter*innenamt berufen."*

Damit trat er eine Lawine los. Beeindruckend, wie sich nun alle demokratischen Parteien in einer Sitzungspause besprachen. Die Fraktionsvorsitzenden verlangten von der Kreisverwaltung die Prüfung von Verfahrensänderungen. Langer Rede kurzer Sinn: In überwältigender Einigkeit wurden alle vier AfD-Kandidaten geschlossen von der Mehrheit aller Fraktionen und der Gruppe Die Linke abgelehnt. Um die notwendigen Lücken zu schließen, wurden eiligst vier neue Kandidat*innen benannt und gewählt.

Ein beeindruckender Moment der oberbergischen Demokratie. Großen Dank für die Aufmerksamkeit unseres KtMs Ralph.

Zur anschließenden **"Gemeinsame Erklärung der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FWO/DU und UWG vom 02.04.2024 "Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat"** kam es zu bemerkenswert klaren Stellungnahmen aller Parteien und Gruppen. Die AfD flüchtete sich derweil lautstark in ihren Opfer-Mythos. Eine Farce - hatte sie tatsächlich selbst für die Erklärung gestimmt.

Ein Wehrmutstropfen jedoch blieb. Um Geschlossenheit auch mit CDU/FDP zu bekommen, konnte sich die Gruppe Die Linke nicht in die Erklärung einbringen. Wir kennen und schätzen unsere Kolleg*innen jedoch ausdrücklich und bedauern diese taktisch notwendige Maßnahme.



SPD-Kreistagsfraktion Oberbergischer Kreis – Bahnhofstr. 2 – 51766 Engelskirchen

An den
Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Jochen Hagt
Moltkestr. 42
51641 Gummersbach

Gemeinsame Erklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP/FWO/DU und UWG im Kreistag am 11. April 2024

In den 13 Städten und Gemeinden des Oberbergischen Kreises leben über 270.000 Menschen unterschiedlicher Herkunft friedlich zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Über Jahrhunderte ist unser Land von Zuwanderungen geprägt. Dieses friedliche Zusammenleben wird aktuell durch die Zunahme antidemokratischer und menschenfeindlicher Einstellungen und Verhaltensweisen sowie von Rassismus und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft gefährdet. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Hier wird an den Grundfesten der Demokratie gerüttelt; hier müssen Demokraten geeint im „Nie wieder“ zusammenstehen. Wir nehmen es nicht hin, dass extremistische Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Kreis schüren. Bürgerinnen und Bürger in der ganzen Republik und auch bei uns im Oberbergischen gehen in die Öffentlichkeit. Sie demonstrieren für Demokratie und Menschenwürde und senden ein klares Signal der Solidarität – gegen die Spaltung unserer Gesellschaft und gegen extremistische Umtriebe. Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Wir wehren uns, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Die demokratischen Parteien im Oberbergischen Kreistag stehen über alle ideologischen Grenzen zusammen und bekennen: „Wehret den

Anfängen“ und unterstreichen ihre klare Haltung für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Stefer
Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Sven Lichtmann
Fraktionsvorsitzender

gez. Henrik Köstering
Fraktionssprecher

gez. Reinhold Müller
Fraktionsvorsitzender

gez. Klaus Solbach
Fraktionsvorsitzender

Änderungsantrag Kreishausneubau #Krisenzentrum #Bauen

Der Druck durch gestiegene Baukosten ist enorm. Die Kreisverwaltung hat daher eine Optimierung der Arbeitsplätze vorgenommen. Durch die Pandemie und fortschreitende Digitalisierung ermöglicht, sind Homeoffice-Lösungen heute opportun. Über 50% der Mitarbeiter werden zukünftig kein eigenes Büro mehr haben, Wechsel der Büronutzungen #NewWork werden Standard. Darüber hinaus veranlasst der Preisdruck die Verwaltung zu einer Aufteilung der Bauabschnitte. Der heiß diskutierte Abschnitt 3 – Lagezentrum/Leitstelle im Kreishaus – soll mit dem vorliegenden Antrag auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Während die SPD vornehmlich auf die Baukosten schaut, wissen wir Grüne auch um die Klimaschädlichkeit insbesondere solcher Großbauvorhaben. 55% des Mülls der Bundesrepublik sind Bauabfälle. Bauen ist für 40% der CO²-Emissionen verantwortlich. Je nach Bauweise kann unterschieden werden in zukünftigen Bauschutt oder Wertstofflager bei nachhaltigem Bauen. Kosten definieren sich bei uns nicht alleine über die Preise für Beton und Schrauben.

Darüber hinaus ist uns Resilienz, die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit unserer Kreisstrukturen, ebenso wie effektives Krisenmanagement, ein zentrales Anliegen. Der März 2024 brachte uns den neuesten Hitzerekord. Wir nehmen die drohenden Krisen ernst und verlangen die Aufgabe des Bauabschnittes 3 zu Gunsten des schnelleren Ausbaus, bei bereits vorhandenen Strukturen in und um die aktuelle Leitstelle auf der Kotthäuser Höhe. ***Der Klimawandel wartet nicht - wer zu spät kommt, den bestraft das Klima.***

Anm.: Uns ist zudem bewusst, dass die Fähigkeit, den Krisen unserer Tage zu begegnen, keine Sache der Feuerwehren oder des THW alleine ist. Cyberattacken, Blackouts oder Pandemien haben nichts mit den üblichen technischen Hilfs- und Rettungsdiensten zu tun. ***Kommunikation, Prozesse und Abläufe, Vorbereitung und Übung sind ebenso wichtig. Wir werden auch diese mit Nachdruck einfordern.***



DIE LINKE.

SPD-Kreisfraktion Oberbergischer Kreis – Bahnhofstr. 2 – 51766 Engelskirchen

An den
Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Jochen Hagt
Moltkestr.42
51641 Gummersbach

11. April 2024

Gemeinsamer Änderungsantrag zu TOP 13: "Zentralisierung der Kreisverwaltung. Hier: Entscheidung über eine abschnittsweise Realisierung der Planungen und Fokussierung auf einen ersten Bauabschnitt" der Fraktionen von SPD, B'90/ DIE GRÜNEN und der Gruppe DIE LINKE zu der Sitzung des Kreistags am 11.04.2024

Sehr geehrter Herr Landrat,

1. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, eine abschnittsweise Realisierung und Verkleinerung des ursprünglichen Bauvolumens zu berücksichtigen. Auf Grundlage einer qualifizierten Kostenschätzung für die Bauabschnitte 1 und 2 soll zunächst über die Realisierung des 1. Bauabschnitts entlang der Moltkestraße entschieden werden. Die Realisierung des 2. Bauabschnitts wird bis auf Weiteres zurückgestellt. Der 3. Bauabschnitt wird nicht realisiert. Die Notfallzentrum verbleibt dauerhaft in Kotthausen und wird dort weiter modernisiert und ertüchtigt.

2. [Unverändert]

Begründung

Die im Bauausschuss am 13. März vorgestellten Ergebnisse entsprechen der in der Kreistagssitzung vom 10.11.2022 noch abgelehnten Begrenzung der Kreishäuserweiterung von 9200qm auf maximal 6000qm. Durch neue Arbeitsformen und eine nicht vollständige Zentralisierung können Flächen in Höhe von über 3600qm eingespart werden. Darüber hinaus könnte durch den ebenfalls bereits am 10.11.2022 sowie am 08.12.2022 beantragten Verbleib des Notfallzentrums in Kotthausen (rund 2500qm) auch der 2. Bauabschnitt überflüssig werden. Selbst wenn sich aus Sicht der Verwaltung der Flächenbedarf zwischenzeitlich von 9200qm auf ca. 12700qm erhöht haben sollte, kann durch den Verbleib des Notfallzentrums in Kotthausen auf den 3. Bauabschnitt verzichtet werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Lichtmann
Fraktionsvorsitzender

Henrik Köstering
Fraktionssprecher

Jan Köstering
Gruppenvorsitzender

Antrag zur Einrichtung einer Jugendberufsagentur für den Oberbergischen Kreis

Der Oberbergische Kreis richtet eine Jugendberufsagentur ein. Die Verwaltung wird beauftragt, nach den dafür am besten geeigneten Möglichkeiten zu suchen. Begründung: **Die berufliche Zukunft junger Menschen im oberbergischen Kreis sollte in Anbetracht von Fachkräftemangel und den Auswirkungen der Pandemie besonders in den Blick genommen werden. Bedauerlicherweise mussten unterstützende Angebote wie „Start“ beendet werden. Hier bestehen nun die Notwendigkeit und die Möglichkeit, eine Lücke zu schließen. Jugendberufsagenturen wären eine mögliche Lösung.** Diese haben das Ziel, die Integrationschancen von Jugendlichen zu verbessern, in dem sie eine Vernetzung von bereits vorhandenen Institutionen (Arbeitsagentur, Jobcenter, Jugendamt) forcieren und somit Kompetenzen und Ressourcen bündeln. Jugendberufsagenturen agieren bereits erfolgreich bundesweit. **Der Oberbergische Kreis ist eine von vier Ausnahmen in NRW, in denen noch keine solche Agentur gegründet wurde.**

Aus unserer Sicht stellt dieser Umstand eine verpasste Chance dar, auch weil der Oberbergische Kreis damit nicht von Vernetzungs- und Weiterbildungsangeboten in diesem Bereich profitiert und Ressourcen ungenutzt lässt, die abgerufen werden könnten. Weiterhin lässt sich die Ausrichtung einer Jugendberufsagentur so flexibel steuern, dass etwa strukturschwache Bereiche stärker aufgefangen werden. Eine zielgenaue Anwendung wäre im Oberbergischen Kreis also möglich, ohne bereits bestehende Strukturen zu gefährden. Bei der Einrichtung einer Jugendberufsagentur könnte die Erfahrung der in Bonn ansässigen Servicestelle Jugendberufsagenturen genutzt werden, um das Konzept passgenau ins Oberbergische zu übertragen. Diese steht außerdem für einen Einblick in die Arbeit der Jugendberufsagenturen zur Verfügung und könnte auch Kontakte zu anderen Kreisen herstellen, in denen das Konzept bereits erfolgreich angewendet wurde.

Für weitere Informationen zu diesem Thema:

Die Webseite der Servicestelle Jugendberufsagenturen – <https://www.servicestellejba.de/>

Die Webseite der Bundesagentur für Arbeit – <https://www.arbeitsagentur.de/institutionen/jugendberufsagenturen>

In inhaltlich unwesentlich abgeänderter Form sah sich die CDU-Fraktion gezwungen, einen Änderungsantrag zu stellen. Wir stimmten dem Antrag dennoch zu, um unser Ziel zu erreichen.

Anfrage zur Website des Oberbergischen Kreises #Inklusion

In Zeiten, in denen sich der überwiegende Teil der Bevölkerung im Netz bewegt und informiert, wollen wir nicht vergessen, dass die Optimierung von WebSites auch bedeutet, sie barrierearm zu gestalten. Unsere Anfrage will in den laufenden Prozess einhaken. Eine Teilnahme an sowie Begleitung von Besprechungen zur Gestaltung der WebSite ist erklärtes Ziel. Kim mit ihrer entsprechenden Expertise ist hier federführend.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OBERBERG
HINDENBURGSTR. 35, 51643 GUMMERSBACH

An den Landrat
des Oberbergischen Kreises
Herrn Jochen Hagt
Moltkestr. 42

51641 Gummersbach

**GRÜNE FRAKTION IM KREISTAG
Fraktionsbüro**

Hindenburgstr.35
51643 Gummersbach
Tel. (0 22 61) 2 45 40
www.gruene-oberberg.de

Bürozeiten:
Mo bis Fr 10 bis 16 Uhr

Seb Schäfer, Fraktionsbüro
kreistagsfraktion@gruene-oberberg.de

Henrik Köstering
Fraktionssprecher
Tel. 0170 7998903
henrik.koestering@gruene-oberberg.de

Marie Brück
Fraktionssprecherin
Tel. 0151 17243593
marie.brueck@gruene-oberberg.de

Bus: Bf Gummersbach

Gummersbach, 2.4.2024

**Anfrage zum Kreistag am 11. April 2024
Internetauftritt Oberbergischer Kreis**

Sehr geehrter Herr Landrat,

unter der Adresse <https://www.obk.de/> informieren der Landrat und die Kreisverwaltung die Öffentlichkeit über viele Themen und ihre Arbeit. Wir fragen dazu:

1. Wann wurde die Homepage des Oberbergischen Kreises online gestellt?
2. Hat es seitdem eine grundlegende Überarbeitung gegeben?
3. Ist eine grundlegende Neugestaltung in der nächsten Zeit geplant?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung unserer Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen,



Kim Schröter

Beantwortung einer Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.04.2024

Sitzung des Kreistages am 11.04.2024

zu Vorlage Nr.: 1216/20-25/LR/LS

Tagesordnungspunkt	19.3	- öffentlich -
Betreff: Internetauftritt Oberbergischer Kreis		

1. *Wann wurde die Homepage des Oberbergischen Kreises online gestellt?*

Die erste Internetseite des Oberbergischen Kreises wurde im Jahr 2000 online gestellt.

2. *Hat es seitdem eine grundlegende Überarbeitung gegeben?*

Die Internetseite wurde in den Jahren 2009 bis 2011 grundlegend überarbeitet und u.a. in das heute bekannte Corporate Design überführt. Die Inhalte auf der Internetseite werden darüber hinaus regelmäßig gesichtet und in Abstimmung mit den Fachämtern aktualisiert und ergänzt. Des Weiteren werden alle notwendigen technischen Anpassungen und Wartungen durchgeführt, um einen sicheren Betrieb zu gewährleisten.

3. *Ist eine grundlegende Neugestaltung in der nächsten Zeit geplant?*

Der gestalterische und technische Relaunch des Internetauftritts ist geplant und befindet sich derzeit in einem laufenden Vergabeverfahren. Ein Vertragsabschluss soll in diesem Jahr erfolgen.

gez.

Jochen Hagt
-Landrat-

gez.

Reinhard Schneider
-Leiter Leitungsstab-

Im Kreisentwicklungsausschuss am 16.11.2023 wurde unter TOP 4 zum Zwischenstand des Integrierten Mobilitätskonzepts berichtet. Die Ergebnisse der Haushaltsbefragung wurden zusammengefasst erläutert, die Fragebögen bzw. ihre Auswertung durch das Büro Stadtverkehr Planungsgesellschaft dabei nicht detailliert dargestellt oder zur Kenntnisnahme vorgelegt. Zum Zusatzfragebogen „Fragen zum Radverkehr“ wurden keinerlei Ergebnisse mitgeteilt. Da in der Folge demnächst in 2024 Leitbilder und Zielvorstellungen für die Mobilität im Oberbergischen Kreis entwickelt werden sollen, ist die zukünftige Verkehrsentwicklung abzuschätzen und es sollen Handlungsfelder und Maßnahmen hinterlegt werden. Dafür ist die Beurteilung durch die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Kriterium. Ralph Krolewski formulierte deshalb Fragen zu den Erhebungsinstrumenten und Ergebnissen:

1. Welche Fragebögen mit welchen Fragen wurden versandt?

2. Wie genau erfolgte die Auswertung zum Modal-Split?

3. Wie lauteten die Ergebnisse der Auswertung des Zusatzfragebogens, in dem die Befragten Angaben zum Fuß-, Rad-, Bus-, Bahn- und Autoverkehr sowie zur Barrierefreiheit machen konnten und mit welcher Gewichtung wurden daraus Aussagen zu "Ersten Anregungen" getroffen, die vom Planungsbüro vorgestellt wurden?

4. Wie lauteten die Ergebnisse des Zusatzfragebogens zum Radverkehr und mit welcher Gewichtung wurden daraus Aussagen zu "Ersten Anregungen" getroffen, die vom Planungsbüro vorgestellt wurden?

Die Kreisverwaltung hat uns ein Zugeständnis abgerungen. Mit protokollarischer Dokumentation der Kreistagssitzung vom 11. April 2024 versicherte der Dezernent Frank Herhaus, uns eine weit umfangreichere Dokumentation bis Anfang Mai vorzulegen. Sein Amt sei aktuell in der Aufbereitung ebendieser Daten.

Anfrage Kindeswohlgefährdung - Antworten der Kreisverwaltung #Kinderrechte #Asylrecht

Schon in der letzten Ausgabe hatten wir von den Vorfällen im Rahmen von Rückführungen von Familien in unserem Kreis berichtet. Die nun vorliegenden Antworten der Kreisverwaltung sollen uns dazu dienen, eine Leitlinie zu erwirken, damit Vorfälle wie bei den bereits erwähnten z.B. in Nümbrecht nicht wieder vorkommen. Die Situation war furchtbar. Um sechs Uhr morgens sind die Beamten in die Wohnung der Familie gekommen. Die Situation eskalierte. Es kam zu Übergriffen, Fesselungen. Der Vater wurde daraufhin blutend, vor den Augen seiner Kinder abgeführt. Oftmals müssen schulpflichtige Kinder dann nicht nur allein zusehen, sondern darüber hinaus auch noch für die Eltern übersetzen, weil kein Dolmetscher anwesend ist. Es muss feste Regelungen für solche Situationen geben. Kinderrechte sind Menschenrechte; sie sind uns Pflicht, nicht Kür.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OBERBERG
HINDENBURGSTR. 35, 51643 GUMMERSBACH

An den Landrat
des Oberbergischen Kreises
Herrn Jochen Hagt
Moltkestr. 42

51641 Gummersbach

**GRÜNE FRAKTION IM KREISTAG
Fraktionsbüro**

Hindenburgstr.35
51643 Gummersbach
Tel. (0 22 61) 2 45 40
www.gruene-oberberg.de

Bürozeiten:
Mo bis Fr 10 bis 16 Uhr

Seb Schäfer, Fraktionsbüro
kreistagsfraktion@gruene-oberberg.de

Henrik Köstering
Fraktionssprecher
Tel. 0170 7998903
henrik.koestering@gruene-oberberg.de

Marie Brück
Fraktionssprecherin
Tel. 0151 17243593
marie.brueck@gruene-oberberg.de

Bus: Bf Gummersbach

Gummersbach, 14.3.2024

**Anfrage zum Kreistag am 11. April 2024
Sicherstellung von Kindeswohlaspekten bei der Prüfung von
Bleibeperspektiven und im Rahmen aufenthaltsbeendender Maßnahmen**

Sehr geehrter Herr Landrat,

Kinder/ Jugendliche haben ein Recht auf besonderen Schutz und Förderung. Die UN- Kinderrechtskonvention (UN-KRK) legt fest, dass bei allen Entscheidungen und Maßnahmen, die ein Kind betreffen, das Wohl und die Interessen des Kindes vorrangig zu berücksichtigen sind. Die Kinderrechte gelten dabei für jedes Kind ohne jede Diskriminierung (Art. 2 UN-KRK).

Alle Kinder sind daher unabhängig von Herkunftsland, Aufenthaltsstatus, Bleibeperspektive und individuellen Gründen für Flucht und Migration als Kinder zu behandeln. Die UN- Kinderrechtskonvention hat in Deutschland den Rang eines einfachen Bundesgesetzes (Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG). Ihr Inhalt genießt über die völkerrechtsfreundliche Auslegung der Grundrechte teilweise auch Verfassungsrang. Demnach sind die Kinderrechte bindend für alle Staatsgewalt (Art. 1 Abs. 3 und Art. 20 Abs. 3 GG).

Das deutsche Aufenthaltsgesetz stellt einen Basisschutz der Kinderrechte bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen sicher (vgl. insbesondere § 25a, 25b Abs. 1, § 32, § 35, § 62, § 58 Abs. 1a AufenthG). So sind die Voraussetzungen zur Erteilung von Aufenthaltstiteln für Kinder -im Vergleich zu Erwachsenen- deutlich niedriger. Rückführungen unbegleiteter Kinder sowie die Anordnung von Abschiebehaft sind

nur unter strengsten Bedingungen zulässig. Kindeswohlbelange sind zudem immer auch im Rahmen des gesetzlichen Ermessens zu berücksichtigen.

Unsere Fraktion stellt dazu folgende Fragen:

A. Maßnahmen in laufenden aufenthaltsrechtlichen Verfahren

1. Stehen eigene Bleiberechte des Kindes/ Jugendlichen in Aussicht (z. B. § 25a AufenthG), wirkt die Verwaltung durch Auskünfte und Hinweise besonders darauf hin, dass die richtigen Anträge gestellt und erforderliche Nachweise schnellstmöglich erbracht werden können?
2. Informiert die Verwaltung Kinder/ Jugendliche in geeigneter, kindgerechter Weise, klärt sie über ihre Rechte auf und ermutigt sie bei ihrer eigenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidung, insbesondere zu § 25a AufenthG, mitzuwirken?
3. Werden Kinder/Jugendliche unabhängig vom ausländerrechtlichen Werdegang der Eltern speziell gefördert und sozialpädagogisch darin unterstützt, existenzielle Herausforderungen zu bewältigen?
4. Wird der regelmäßige Schulbesuch von Kindern/Jugendlichen besonders in den Blick genommen und, wenn nötig (Fernbleiben vom Unterricht) im Gespräch mit den Eltern, gefördert?
5. Werden Anhaltspunkte für kindeswohlgefährdende Aspekte, wie Hinweise zu Vernachlässigungen oder Gefährdung wahrgenommen, wird durch die Mitarbeitenden des Ausländeramtes das Jugendamt kontaktiert und die weitere Vorgehensweise abgesprochen?
6. Werden Kinder/Jugendliche bei Vorsprachen als Übersetzer*innen für ihre Eltern eingesetzt, oder wird in wichtigen Anliegen vom Oberbergischen Kreis ein*e Dolmetscher*in bestellt?

B. Maßnahmen bei aufenthaltsbeendenden Entscheidungen:

1. Wird bei Bekanntwerden der Ausreisepflicht von Familien primär auf eine freiwillige und geregelte Ausreise hingewirkt?
2. Gibt es ein Angebot für Rückkehrergespräche mit ausreisepflichtigen Familien, und eventuell Informationszettel welche persönlichen Sachen (z.B. Dokumente) wichtig sind und bereitgehalten werden müssen?
3. Werden Eltern ausreichend dafür sensibilisiert, welche Auswirkungen eine unangekündigte Abschiebung auf Kinder/Jugendliche haben kann?
4. Wie wird mit Jugendlichen verfahren, bei denen ein Schulabschluss/Bildungsabschluss perspektivisch binnen Jahresfrist möglich wäre, wird das vorab geprüft?

5. Welche Maßnahmen sieht der Oberbergische Kreis bei Rückführungen von unbegleiteten Minderjährigen (§ 58 Abs 1a AufenthG) vor?
6. Gibt es im Abschiebefall Familientrennungen?
7. Wird bei bekannter jugendhilferechlicher Inobhutnahme oder vermuteter Kindeswohlgefährdung vor einer Rückführungsmaßnahme das Jugendamt involviert?

C. Maßnahmen am Rückführungstag:

1. Wird darauf geachtet, bei Familienrückführungen wenn möglich Abschiebungen zur Nachtzeit zu vermeiden?
2. Erfolgen Rückführungen von Kindern/Jugendlichen auch aus Bildungseinrichtungen oder Kindertagesstätten?
3. Werden Mitarbeitende des Ausländeramtes für Familienrückführungen mit Kindern/Jugendlichen gesondert geschult und werden Teams aus männlichen und weiblichen Mitarbeitenden in diesen Fällen gebildet?
4. Wie wird seitens der Mitarbeitenden des Oberbergischen Kreises auf die spezifischen Belange von Kindern und Jugendlichen, bspw. Kind- und jugendgerechte Ansprache, wecken von schlafenden Kindern möglichst durch Eltern selbst, Erläuterungen zum Verlauf der nächsten Stunden, ausreichend Zeit zu Verabschiedung von Freunden, packen persönlicher Habe, sprich: Ein Prozess in Ruhe möglichst ohne zusätzlichen Stress, eingegangen?
5. Achten die Mitarbeitenden des Ausländeramtes während der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen auf potenzielle oder akute Kindeswohlgefährdende Aspekte?
6. Was sieht der Oberbergische Kreis beim Vorliegen von Hinweisen auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung vor? Wird die Abschiebung dennoch durchgeführt oder vertagt, ggf. das Jugendamt involviert?

Wir bitten um die schriftliche Beantwortung unserer Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen,



Marie Brück
Fraktionsvorsitzende

Beantwortung einer Anfrage der Kreistagsfraktion-BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.03.2024

Sitzung des Kreistages am 11.04.2024

zu Vorlage Nr.: 1199/20-25/I

Tagesordnungspunkt	19.1	- öffentlich -
Betreff: Sicherstellung von Kindeswohlaspekten bei der Prüfung von Bleibeperspektiven und im Rahmen aufenthaltsbeendender Maßnahmen		

A. Maßnahmen in laufenden aufenthaltsrechtlichen Verfahren

1. *Stehen eigene Bleiberechte des Kindes/ Jugendlichen in Aussicht (z. B. § 25a AufenthG), wirkt die Verwaltung durch Auskünfte und Hinweise besonders darauf hin, dass die richtigen Anträge gestellt und erforderliche Nachweise schnellstmöglich erbracht werden können?*

Zu jedem Zeitpunkt des aufenthaltsrechtlichen Verfahrens prüft die Ausländerbehörde die bestmögliche Aufenthaltsperspektive und trägt ggf. durch die Anforderung entsprechender Unterlagen und durch Aufforderung zur Antragstellung aktiv zu einem gesicherten Aufenthalt bei.

2. *Informiert die Verwaltung Kinder/ Jugendliche in geeigneter, kindgerechter Weise, klärt sie über ihre Rechte auf und ermutigt sie bei ihrer eigenen aufenthaltsrechtlichen Entscheidung, insbesondere zu § 25a AufenthG, mitzuwirken?*

§ 80 AufenthG regelt die Handlungsfähigkeit nach den ausländerrechtlichen Vorschriften, die erst mit Volljährigkeit eintritt. Demnach findet keine explizite Beratung von Minderjährigen statt. Vielmehr erfolgt diese gegenüber den gesetzlichen Vertretern, die auch die entsprechenden Anträge zu stellen haben.

3. *Werden Kinder/Jugendliche unabhängig vom ausländerrechtlichen Werdegang der Eltern speziell gefördert und sozialpädagogisch darin unterstützt, existenzielle Herausforderungen zu bewältigen?*

Die sich aus dem SGB VIII ergebenden Ansprüche von Kindern, Jugendlichen und Eltern werden unabhängig vom Aufenthaltsstatus geprüft. Bei entsprechenden Bedarfen werden erforderliche Hilfen gewährt.

4. *Wird der regelmäßige Schulbesuch von Kindern/Jugendlichen besonders in den Blick genommen und, wenn nötig (Fernbleiben vom Unterricht) im Gespräch mit den Eltern, gefördert?*

Die Verantwortung zur Einhaltung der Schulpflicht obliegt den personensorgeberechtigten Eltern (§ 41 Abs. 1 SchulG NRW). Die zuständige Schule ist gemäß Absatz 3 dieser Vorschrift verpflichtet, Schulpflichtige, die ihre Schulpflicht nicht erfüllen, zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten und auf die Eltern sowie auf die für die Berufserziehung Mitverantwortlichen einzuwirken. Die Überwachung zur regelmäßigen Teilnahme am Unterricht obliegt dabei in erster Linie den Schulen.

Sollte die pädagogische Einwirkung nicht zu einer Verhaltensänderung führen oder eine Einsicht in die Notwendigkeit des Schulbesuches nicht erreicht werden, so kann sich die Schule an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden und ein Verfahren zur Einhaltung der Schulpflicht anstreben.

Die personensorgeberechtigten Eltern können dann, gemäß § 41 Absatz 5 SchulG NRW, durch die zuständige Schulaufsichtsbehörde im Rahmen von Zwangsmitteln zur Erfüllung ihrer Pflicht, den regelmäßigen Schulbesuch ihres Kindes sicherzustellen, angehalten werden. Dabei soll nicht nur Fehlverhalten sanktioniert, sondern auch eine Bereitschaft zur Anerkennung des aktiven Schulbesuches, die dem Wohl des Kindes dient, geschaffen werden.

5. *Werden Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdende Aspekte, wie Hinweise zu Vernachlässigungen oder Gefährdung wahrgenommen, wird durch die Mitarbeitenden des Ausländeramtes das Jugendamt kontaktiert und die weitere Vorgehensweise abgesprochen?*

Sofern bei der Ausländerbehörde entsprechende Anhaltspunkte festgestellt werden, wird das zuständige Jugendamt in Kenntnis gesetzt.

6. *Werden Kinder/Jugendliche bei Vorsprachen als Übersetzer*innen für ihre Eltern eingesetzt, oder wird in wichtigen Anliegen vom Oberbergischen Kreis ein*e Dolmetscher*in bestellt?*

Die Ausländerbehörde stellt keine Dolmetscher. Sofern eine Verständigung in deutscher Sprache nicht möglich ist, werden die Betroffenen gebeten, mit einem Dol-

metscher ihrer Wahl vorzusprechen. Kinder werden nicht zum Dolmetschen herangezogen, Jugendliche nur bei inhaltlich unkomplizierten Angelegenheiten. Insbesondere Themen der Aufenthaltsbeendigung werden nicht von Jugendlichen übersetzt. Sofern die Eltern jedoch ihre Kinder an derartigen Vorsprachen teilhaben lassen, ist dies ihre Entscheidung als gesetzliche Vertretung.

B. Maßnahmen bei aufenthaltsbeendenden Entscheidungen:

1. *Wird bei Bekanntwerden der Ausreisepflicht von Familien primär auf eine freiwillige und geregelte Ausreise hingewirkt?*

Ja, die Ausländerbehörde wirkt immer zuerst auf eine freiwillige Ausreise hin und wendet die zu diesem Thema bestehende besondere Erlasslage des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) an.

2. *Gibt es ein Angebot für Rückkehrergespräche mit ausreisepflichtigen Familien, und eventuell Informationszettel welche persönlichen Sachen (z.B. Dokumente) wichtig sind und bereitgehalten werden müssen?*

Mit Eintritt der vollziehbaren Ausreiseverpflichtung erfolgt ein ausführliches Rückkehrgespräch mit den gesetzlichen Vertretern, in welchem insbesondere auf die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise sowie deren Vorteile hingewiesen wird. Im weiteren Verlauf arbeitet die Ausländerbehörde eng mit der Rückkehrberatung der Caritas und den entsprechenden Zuweisungskommunen zusammen.

3. *Werden Eltern ausreichend dafür sensibilisiert, welche Auswirkungen eine unangekündigte Abschiebung auf Kinder/Jugendliche haben kann?*

Ja, die Eltern werden regelmäßig hierfür sensibilisiert (s. oben).

4. *Wie wird mit Jugendlichen verfahren, bei denen ein Schulabschluss/Bildungsabschluss perspektivisch binnen Jahresfrist möglich wäre, wird das vorab geprüft?*

Das Bestehen eines Abschiebungshindernisses aus persönlichen Gründen wird regelmäßig vor der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen geprüft.

5. *Welche Maßnahmen sieht der Oberbergische Kreis bei Rückführungen von unbegleiteten Minderjährigen (§ 58 Abs 1a AufenthG) vor?*

Von Abschiebungen unbegleiteter Minderjähriger sieht die Ausländerbehörde in der Regel ab. Sofern dies im Einzelfall dennoch erforderlich werden sollte, werden die in § 58 Abs. 1 a AufenthG genannten Voraussetzungen geschaffen.

6. *Gibt es im Abschiebefall Familientrennungen?*

Familientrennungen erfolgen nur, wenn die drohende Trennung durch die Betroffenen selbst herbeigeführt wurde (z.B. Untertauchen oder Flucht eines Elternteils). Eine Abschiebung der Kinder ohne einen Elternteil erfolgt nicht.

7. *Wird bei bekannter jugendhilferechlicher Inobhutnahme oder vermuteter Kindeswohlgefährdung vor einer Rückführungsmaßnahme das Jugendamt involviert?*

Ja.

C. Maßnahmen am Rückführungstag:

1. *Wird darauf geachtet, bei Familienrückführungen wenn möglich Abschiebungen zur Nachtzeit zu vermeiden?*

Ja. Die aktuelle Erlasslage des MKJFGFI wird beachtet.

2. *Erfolgen Rückführungen von Kindern/Jugendlichen auch aus Bildungseinrichtungen oder Kindertagesstätten?*

Bisher wurde eine Abschiebung aus Kindertagesstätten oder Bildungseinrichtungen nicht erforderlich. Auch in Zukunft soll dies vermieden werden.

3. *Werden Mitarbeitende des Ausländeramtes für Familienrückführungen mit Kindern/Jugendlichen gesondert geschult und werden Teams aus männlichen und weiblichen Mitarbeitenden in diesen Fällen gebildet?*

Das eingesetzte Personal wird entsprechend der erforderlichen Bedürfnisse für den jeweiligen Einzelfall gesondert ausgewählt. Hierdurch wird insbesondere dem Geschlecht und dem Alter sowie dem Gesundheitszustand der Rückzuführenden hinreichend Rechnung getragen.

4. *Wie wird seitens der Mitarbeitenden des Oberbergischen Kreises auf die spezifischen Belange von Kindern und Jugendlichen, bspw. Kind- und jugendgerechte Ansprache, wecken von schlafenden Kindern möglichst durch Eltern selbst, Erläuterungen zum Verlauf der nächsten Stunden, auseichend Zeit zu Verabschiedung von Freunden, packen persönlicher Habe, sprich: Ein Prozess in Ruhe möglichst ohne zusätzlichen Stress, eingegangen?*

Oberste Priorität ist immer die ruhige und besonnene Durchführung einer Maßnahme. Dies hängt jedoch maßgeblich vom Verhalten der Eltern ab.

5. *Achten die Mitarbeitenden des Ausländeramtes während der Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen auf potenzielle oder akute Kindeswohlgefährdende Aspekte?*

Ja, bei Abschiebungen von Familien sind immer Mitarbeitende ausschließlich für die Betreuung der Kinder eingeteilt, die diese Aspekte mit im Blick haben.

6. *Was sieht der Oberbergische Kreis beim Vorliegen von Hinweisen auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung vor? Wird die Abschiebung dennoch durchgeführt oder vertagt, ggf. das Jugendamt involviert?*

Bei Hinweisen auf eine akute Kindeswohlgefährdung würde das weitere Vorgehen mit dem zuständigen Jugendamt abgestimmt.

gez.

Jochen Hagt
-Landrat-

gez.

Birgit Hähn
-Dezernentin-

heißen und die gibt es in NRW nur in maaßen. (Die des altdeutschen mächtig sind: Maaßen = selten =

Unser Bundespräsident und unser Ministerpräsident mahnen regelmäßig zur Wehrhaftigkeit gegen Demokratie- und Verfassungsfeinde. Was können wir Bürger zu einem friedlichen Zusammenleben beisteuern?

Alle demovfassungs-Ideologien in stufige Raketen und diese an vielen kleinen Löchern große braune Loch im Universum Als Rampe Kamel dienen. Funke soll zünden? Funken aus

Ganz einfach: kratie- und feindliche eine dreipacken, zündann vorbei nen schwar in das riesen-heimatliche unendlichen schicken! könnte dieses Und welcher die Rakete Natürlich der Beethovens

Europahymne: „Freude schöner Götterfunken.....alle Menschen werden Brüder, wo dein kämpferischer Flügel weilt!“ **Diese Anzeige soll ein Dankeschön für die Verleihung des Landesverdienstordens NRW an Friedhelm Meisen vom 21. Februar 2024 sein.**

Ein Dankeschön an unsere starke, wehrhafte Demokratie in unserem großartigen NRW, ein Bekenntnis zu unserer unverwechselbaren Verfassung und ein Dankeschön an ein demokratisches, unbeugsames Europa.

Friedhelm Meisen – Oberberg Karate Gummersbach und Holsteiner Fährhaus

Marivoli: z.B. Grünsozialliberalberlechrstsdemokratie

überflüssig/siehe auch maallos = gleich = unersätlich/oder anmaaland: Wichtigster = Angeber/im Neudeutschen:

Kamele mit nur einem Höcker passen wegen ihrem braunen Fell gut zu anderen Kameelen mit zwei Höckern, die Trampeltiere



Friedhelm Meisen, der just den Verdienstorden des Landes NRW erhalten hat, setzt sich nicht zur Ruhe. Er folgt seinem Kopf, das ist gute Tradition. Wir schätzen ihn sehr. Auch und gerade deshalb haben wir uns als Kreisvorstand und Kreistagsfraktion zu unserem gemütlichen Neujahrsessen in seinem Lokal getroffen.



KV-Termine



April 13 @ 11:00 - 15:00

TREFFEN GRÜNE FRAUEN

Ambulant Betreutes Wohnen - Ecksteine - Peter Kallus
Moltkestr. 17, Gummersbach

Das Treffen findet statt in der Moltkestr. 17 in Gummersbach,
(gegenüber C&A). Achtet auf das kleine Schild „Betreutes Wohnen“
und benutzt den Hintereingang.



April 14 @ 12:00 - 18:00

LANDESPARTEIRAT (LPR)

Eurogress Aachen Monheimsallee 48, Aachen

Die Europawahlen am 9. Juni 2024 entscheiden darüber, ob es uns in den 2020er Jahren gelingt, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern und einen in Vielfalt geeinten Kontinent in eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu führen. Der Ausgang dieser Wahl wird konkrete und spürbare Auswirkungen auf das Leben der 18 Millionen Menschen hier in Nordrhein-Westfalen [...]



April 23 @ 20:00 - 21:30

AK UMWELT

Online

Gerne möchte ich euch zur nächsten AK Umwelt Sitzung am 23.04. um 20 Uhr einladen. Auf der Tagesordnung stehen: - Kohärentes Gesamtkonzept für das Agger-Einzugsgebiet - Ausweisung neuer Naturschutzgebiete - Gehölzschnitte durch den Aggerverband Das Arbeitskreistreffen ist auf ca. 60 Minuten angesetzt. Die Videokonferenz findet über Google Meet statt. (Zugangsdaten anfordern) Viele Grüße Julian _____ [...]



April 30 @ 20:00 - 22:00

KREISAUSSCHUSS SITZUNG

Online

KREISVERBAND OBERBERG
SITZUNG
KREISAUSSCHUSS
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mai 7 @ 20:00 - 22:00

KREISTAGSFRAKTION SITZUNG

Online



Mai 9 @ 13:00 - 17:00

GRÜNES EUROPAFEST

Wiehlpark, Grillplatz Wiehlpark, Grillplatz, Wiehl

Einladung zum Europafest Der Kreisverband Oberberg lädt alle Mitglieder und Freund:innen ganz herzlich am 9. Mai zum Europafest in den Wiehlpark ein! Es soll ein Fest der Freundschaft und Verbundenheit sein, wie es am Europatag in vielen Ländern gefeiert wird. Am 9. Mai 1950 wurde der Grundstein für unsere heutige EU gelegt. Gastgeber vor Ort [...]



Mai 14 @ 20:00 - 22:00

KREISVORSTAND SITZUNG

Online





Liebe Freund*innen,

wir laden Euch herzlich zu unserem **Wahlkampf-Camp am 21. April 2024** in die **Rotunde Bochum** ein. Gemeinsam mit dem Bundesverband wollen wir uns mit den Details der Europawahlkampagne vertraut machen, Ideen austauschen und den Grundstein für einen erfolgreichen Wahlkampf legen.

Aus dem Bundesvorstand wird unsere politische Geschäftsführerin **Emily Büning** und aus dem Landesvorstand werden **Raoul Roßbach** und **Tim Achtermeyer** dabei sein, um Fragen zur Kampagne und zur Organisation des Wahlkampfs auf Landes- und Bundesebene zu beantworten. Der Schwerpunkt der Veranstaltung liegt auf der Vermittlung der wichtigsten Skills für eine gute Kommunikation im Wahlkampf und hilfreichen Tipps für die Wahlkampforganisation. Im Anschluss wird es ein Angebot des Bundesverbands zum Thema Sicherheit / Deeskalation am Wahlkampfstand geben.

In den Workshops lernt und übt Ihr alles, was Ihr wissen müsst, um mit den Wähler*innen zielgerichtet im Wahlkampf zu kommunizieren – an der Haustür oder am Stand. Wie spricht Ihr die Menschen am besten an? Wie bringt Ihr unsere grüne Botschaft und Eure Motivation an die

Wähler*innen? Wie positioniert Ihr Euch gegen Parolen? Welche Techniken gibt es, um schwierige Gespräche zu beenden und in hitzigen oder kritischen Situationen deeskalierend zu handeln?

Wir bieten außerdem die Gelegenheit, sich bei einem kleinen Imbiss besser kennenzulernen und für den Wahlkampf zu vernetzen.

Die Plätze für Teilnehmer*innen am Wahlkampfcamp sind leider durch die räumlichen Gegebenheiten begrenzt, bitte meldet Euch daher nur an, wenn Ihr vorhabt, im Wahlkampf aktiv zu werden und an dem Tag auch wirklich könnt.

Daten:

21.04.2024

11:00 Uhr - 17:00 Uhr

Rotunde Bochum

Am Kulturgleis 3-5, 44787 Bochum

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung findet Ihr [HIER](#)

**DER DIREKTE WEG ZUR
KREISGESCHÄFTSSTELLE:**

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN KREISVERBAND OBERBERG

SEB SCHÄFER
KREISGESCHÄFTSFÜHRER

FON: +49 02261 24540

GABI MÜLLER
GUTE SEELE DER KGS

FON: +49 02261 28695

MARIE BRÜCK
MEDIEN/GRAFIKDESIGN

MOBIL: +49 0151-17243593

ANSCHRIFT:

**HINDENBURGSTR. 35
51643 GUMMERSBACH**

EMAIL: GESCHAEFTSSTELLE@GRUENE-OBERBERG.DE

